




KOMMUNALER ZUKUNFTSBERICHT 2012



2010
2011
2012
2013
2014



Hotel Tiefenbrunn

Gemeinden sind die Orte der Wahrheit	5
Wir wollen eure Zeit und eure Hilfe	11
Freiwilliges Engagement in den Gemeinden	15
Small is beautiful Sind kleine Strukturen leistungsfähiger?	21
Dänemark Ein Vorbild für Österreich?	27
Politik als Mission Impossible?	35
Was geht die Gemeinden eigentlich Europa an?	43
Regionalmedien Die Kraft am Lande	49
2011 und 2012 Was der Gemeindebund leistet	55
Der Österreichische Gemeindebund	65



Bgm. Helmut Mödlhammer
Präsident
Österreichischer Gemeindebund

GEMEINDEN SIND DIE ORTE DER WAHRHEIT

Tätigkeitsberichte in der bisherigen Form sind ein Produkt der Vergangenheit. Sie stammen aus einer Zeit, in der Kommunikation mit Mitgliedern nur über diesen Weg oder über eine Verbandszeitung möglich war. Es war legitim und richtig, die Gemeinden jährlich über die Arbeit ihrer Interessensvertretung mit einer Publikation dieser Art zu informieren.

Kommunikation hat in Form, Inhalt und Geschwindigkeit eine Revolution hinter sich. Digitale Medien und schnelle Kommunikationsformen ermöglichen praktisch jedem das unmittelbare Einholen von Information zu jedem Zeitpunkt, von fast jedem Ort Österreichs. Das ist einer der Gründe, warum Sie nun statt eines klassischen „Tätigkeitsberichts“ den neuen „Kommunalen Zukunftsbericht 2012“ in Händen halten.

Er enthält auch einen Teil, der über die Arbeiten und Tätigkeiten des Gemeindebundes seit dem letzten Gemeindetag berichtet. Sie werden aber bemerken, dass manche Details aus der Vergangenheit fehlen, Tabellen und Zahlenreihen etwa. Oder auch Detailangaben über die Historie des Gemeindebundes, seine Struktur, etc.. All diese Dinge können Sie jederzeit und topaktuell auf unserer Seite www.gemeindebund.at nachlesen, dazu bedarf es keines ausführlichen Druckwerkes mehr.

Diskussionen mit offenem Visier

Im „Kommunalen Zukunftsbericht 2012“ richten wir – der Name ist Programm – den Blick in die Zukunft. Wir haben Gastautoren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ein-

geladen, gemeinsam mit uns einen Blick in die Zukunft der kommunalen Herausforderungen zu werfen. Zwei klassische Zugänge haben wir dabei bewusst ausgelassen: Wir haben die Autoren nicht nach Prominenz ausgewählt, sondern danach, ob sie essentielle inhaltliche Beiträge liefern können. Und wir haben uns die Freiheit genommen, in dieser Publikation durchaus auch kontrover-sielle Meinungen zuzulassen. Es muss nicht zwangsläufig jeder Gastautor eine Position vertreten, die der Meinung des Gemeindebundes entspricht. Wir haben Interesse am Diskurs, sofern er fair und wie man so schön sagt „mit offenem Visier“ geführt wird.

Dieser Diskurs, diese Diskussion, ja auch die politische Auseinandersetzung mit offenem Visier ist etwas, das

wir in den Gemeinden Tag für Tag leben. Es ist eine Form der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit mit der wir den Menschen in unseren Gemeinden gegenüber treten. Jede Bürgermeisterin, jeder Bürgermeister weiß genau, dass man es nicht immer allen recht machen kann. Das ist auch gar nicht immer notwendig, sofern man – siehe oben – mit offenen Karten spielt. Genau das ist eine Eigenschaft, die viele in der Bundes- und Landespolitik schmerzlich vermissen.

„Alle Politiker sind korrupt?“

Seit Monaten wird Österreich etwa von politischen Skandalen erschüttert, Lobbyisten aller Couleurs haben sich in den letzten Jahren die Taschen vollgestopft. Zahlreiche Cliques, in gefährlichen Zusam-



© IHM & IHM GmbH & Co KG

GEMEINDEN SIND DIE ORTE DER WAHRHEIT

mensetzungen, vom Marodeur über Glücksritter bis hin zu Menschen, für die Unverschämtheit zum Kerncharakter zählt, haben den Ruf der Politik stark ramponiert. Der Frust in der Bevölkerung sitzt tief, der angerichtete Schaden ist nachhaltig und so schnell nicht wieder gut zu machen. Immer öfter greift eine Haltung Platz, die lautet: „Es ist eh egal, die sind doch alle korrupt“ oder „Die da oben richten sich's eh, wie sie's brauchen“.

Das sind Befindlichkeiten, die sicherlich auf einen großen Teil der Politiker nicht zutreffen, deren Ursprung aber verständlich ist. Zu oft handelt die Politik an den Bedürfnissen der Menschen vorbei, noch öfter hat man den Eindruck, dass die wirklichen Anliegen, Sorgen und Nöte auf den höheren Ebenen gar nicht mehr bekannt

sind. Ich will nicht falsch verstanden werden, das ist kein Politiker-Bashing, wie es vom Boulevard betrieben wird. Es ist der Ausdruck ernster Sorge um die politische Qualität in unserem Land und die damit verbundene Akzeptanz demokratischer Vorgänge.

Wer schert sich um die Folgen?

Zwei Beispiele möchte ich anführen, um zu verdeutlichen, was ich meine. Erstens: Jedes Jahr lassen wir abfragen, zu welcher politischen Ebene die Menschen das höchste Vertrauen haben. Sie als Gemeindevertreter wird das Ergebnis nicht überraschen. Die kommunale Ebene schneidet jedes Jahr unverändert herausragend gut ab. Die Länder haben auch noch einigermaßen gute Werte. Bundespolitik und euro-

päische Ebenen verlieren Jahr für Jahr an Vertrauen. Diese Befragungen sollten vor allem auch jene ernster nehmen, die sich stark für die Zusammenlegung kleiner Einheiten zu großen aussprechen. Je größer eine Organisationsform ist, desto anonym wird sie, desto geringer ist das Vertrauen in die politischen Ebenen.

Zweitens: Auch wir als Kommunalpolitiker in den Gemeinden, aber auch als Interessensvertreter der Gemeinden spüren immer intensiver, dass das Verständnis übergeordneter Ebenen für die Arbeit darunter liegender Einheiten immer geringer wird. Gesetze werden gemacht, ohne sich darum zu scheren, wer sie vollziehen muss. Neue Regeln werden aufgestellt, ohne zu bedenken, welche Folgekosten sie verursachen. Die Solidarität

der politisch Handelnden ist kaum noch vorhanden. In der Politik gewinnt das Prinzip des Stärkeren an Bedeutung. Man schafft an, die Folgen blendet man bewusst aus, weil sie einen selbst nicht betreffen.

Die Erneuerung des Systems kommt von unten

Das ist nicht Politik, wie wir Gemeindevertreter sie verstehen. Das sind Handlungsweisen, die symptomatisch sind und zeigen, wie weit sich manche Ebenen der Politik von den Menschen entfernt haben. Mangelnde Empathie und Rücksichtslosigkeit werden zu Maximen der politischen Arbeit.

Die Gegenbewegungen kommen von Gefühlen, vielfach aber ohne Verstand. Wer gesehen hat, wie hilflos die Piraten

in wesentlichen Bereichen sind, der weiß: Das ist kein zukunftstaugliches Konzept. Wer die bizarren Auftritte von Frank Stronach in den Medien gesehen hat, der ahnt auch hier: Das Anliegen ist richtig, die Wut verständlich, die Schlussfolgerungen aber teils untauglich. Auch an geeigneten Spitzenpersönlichkeiten fehlt es, nicht nur bei Stronach, sondern auch bei den Piraten und ähnlichen Initiativen.

Der Chefredakteur der Salzburger Nachrichten, Manfred Perterer, hat im August in einem Leitartikel geschrieben: „Die Erneuerung des politischen Systems muss von unten beginnen. Auf der Ebene der Gemeinden und der Bürgermeister sind noch am ehesten politische Menschen zu finden, die das Vertrauen der Bürger verdienen. Sie stehen unter

sozialer Kontrolle. Sie können nicht einfach abheben und sich der Realität des Lebens entziehen wie so viele Landes-, Bundes- und Europapolitiker.“

Gemeinden sind die Orte der Wahrheit

Dieser Schlussfolgerung ist nicht viel hinzuzufügen, außer: Manfred Perterer hat recht. Ich glaube auch, dass diese Erneuerung kommen wird, dass sie kommen muss. Die Kommunalpolitik wird dabei eine ganz wichtige, vermutlich DIE wichtigste Rolle überhaupt spielen. Und zwar genau deshalb, weil die Bürgermeister/innen nie den Boden unter den Füßen verloren haben. Weil es nichts Unmittelbareres als Kommunalpolitik gibt. Gemeindevertreter, die gegen die Bevölkerung handeln und arbeiten,



fliegen bei der nächsten Wahl hochkantig aus der Gemeindestube hinaus. Und auch hier will ich nicht falsch verstanden werden: Es geht nicht darum, den Menschen nach dem Mund zu reden und nur zu tun, was populär ist. Das wäre einfach. Viel schwieriger ist es, die Bevölkerung auch bei schweren und unpopulären Entscheidungen von deren Notwendigkeit zu überzeugen. Für Bürgermeister/innen ist das eine Herausforderung, der sie sich Tag für Tag und Jahr für Jahr zu stellen haben.

Bei den Kommunalen Sommergesprächen in Bad Aussee war der bekannte deutsche Nationalökonom Prof. Klaus Schweinsberg zu Gast. In

einem sehr spannenden Vortrag zum Thema „Small is beautiful – sind kleine Strukturen leistungsfähiger?“ hat er einige bemerkenswerte Thesen aufgestellt, auch zur Größe von Organisationseinheiten, vom Unternehmen bis hin zur Gemeinde. „Es gibt keinen Beleg dafür, dass durch die Zusammenlegung von Einheiten wesentliche Synergien und Effizienzsteigerungen eingetreten sind“, sagt Schweinsberg und behauptet – zumindest im großen Maßstab – genau das Gegenteil. „Konzerne und Einheiten mit hunderttausenden Mitarbeitern sind de facto unsteuerbar geworden. Sie verwalten sich über ihre Untergliederungen selbst, sind aber zentral nicht führbar, weil sie unüberschaubar sind.“

Gemeinden sind die Orte der Wahrheit

Vor allem aber hat Schweinsberg auch erklärt, unter welchen Voraussetzungen kleine und mittlere Einheiten am besten funktionieren. „Haltung, Haftung und Hingabe“. Das sind die entscheidenden Begriffe. Haltung auch in schwierigen Situationen, Haftung fürs eigene Handeln als Politiker zu übernehmen und Hingabe für die Aufgabe, die man ausfüllt.

Ich bin nun seit mehr als 25 Jahren Bürgermeister und ohne es zu wissen oder so zu benennen, habe ich versucht, mein Amt nach diesen Prinzipien zu leben. „Gemeinden sind die Orte der Wahrheit“, hat Schweinsberg

als zentrale These formuliert, auch Manfred Perterer argumentiert in diese Richtung. Ich kann das aus eigenen Erfahrungen heraus bestätigen. Auf kommunaler Ebene kann man den Menschen nur schwer etwas vormachen. Daher wird die Verantwortung, die Kommunalpolitiker auch künftig zu tragen haben, immer größer werden. Wenn die europäische Politik, die Bundes- und Landesebenen so weitermachen, wird das Vertrauen der Menschen weiter sinken. Mit gefährlichen Folgen für die Demokratie. Denn dort, wo Menschen sich abwenden und an demokratischen Prozessen nicht mehr teilnehmen, dort ist der Nährboden für Entwicklungen, die wir alle nicht wollen.

GEMEINDEN SIND DIE ORTE DER WAHRHEIT

Der einzige Hafen des Vertrauens und der Sicherheit werden die Gemeinden sein. Ihnen trauen die Menschen zu, ihre Probleme offen anzugehen, vielleicht nicht gänzlich und umfassend zu lösen, aber zumindest mit der nötigen Ehrlichkeit daran zu arbeiten. Ich wünsche mir, dass die politischen Eliten erkennen, dass Politik eben kein elitäres Betätigungsfeld ist, sondern immer mit den Menschen gemeinsam gemacht werden muss.

Es gibt ein historisches Prinzip, dass sich de facto immer bewahrt hat. Wenn politische Systeme von innen heraus den Reformbedarf nicht erkannt haben, dann haben sie nicht überlebt. Ich wünsche mir nicht, dass es bei uns in Öster-

reich oder auch in Mitteleuropa dazu kommt. Es ist, und wieder zitiere ich Prof. Schweinsberg, „kein Zufall, dass die Gemeinden in fast unveränderter Form zahlreiche politische Systeme überlebt haben. Weil die Gemeinden immer der Hort der Demokratie, der Innovation und der Bürgernähe waren. Und es immer noch sind.“

Diesen Erkenntnisgewinn kann man vielen politisch Verantwortlichen ungeschaut ins Stammbuch schreiben. Bürgernähe, Überzeugungsarbeit und der Verzicht auf ideologische Grenzen. Das sind die Gebote der kommenden Jahre.

Haltung, Haftung und Hingabe. Viel mehr braucht's eigentlich nicht.



Bgm. Alfred Riedl
Präsident
NÖ Gemeindevertreterverband der ÖVP

WIR WOLLEN EURE ZEIT UND EURE HILFE

Das österreichische Bundesheer braucht eine Neuordnung – darüber ist man sich auch über die Parteigrenzen hinweg einig. Wie die Bundesheer-Reform jedoch konkret aussehen könnte, darüber scheiden sich die Geister. Für mich als Gemeindevertreter ist klar, an der Wehrpflicht darf nicht gerüttelt werden: Ja zur Wehrpflicht - nein zum Freiwilligenheer.

Verpflichtendes (oder freiwilliges) Sozialjahr

Wir wollen den „Österreich Dienst“, der die Wahlmöglichkeit zwischen zwei Bereichen bietet, die unter einem Dach zusammengefasst sind: Landesverteidigung, Katastrophen- und Zivilschutz einerseits und der Dienst bei gemeinnützigen Organisationen wie zum Beispiel Pflege- oder Rettungsdienst andererseits.

Der Österreich-Dienst kann im Gegensatz zum jetzigen Modell besser auf Begabungen und Interessen der jungen Menschen eingehen und räumt auf mit Ungerechtigkeiten, die im momentanen System vorherrschen. Jeder Bereich soll eigene Tauglichkeitsanforderungen haben, da in jedem Bereich andere Erwartungen an das Aufgabengebiet gestellt werden.

Egal welchen Bereich man wählt: Der Dienst soll nur sechs Monate dauern und gleich entlohnt werden. Die Zeit der Untauglichen ist damit vorbei. Jeder ist in gewisser Weise tauglich und wird einen entsprechenden Dienst leisten können.

Mit dem Modell wird zudem die komplette Gleichstellung des Zivildienstes mit dem Grundwehrdienst erreicht. So

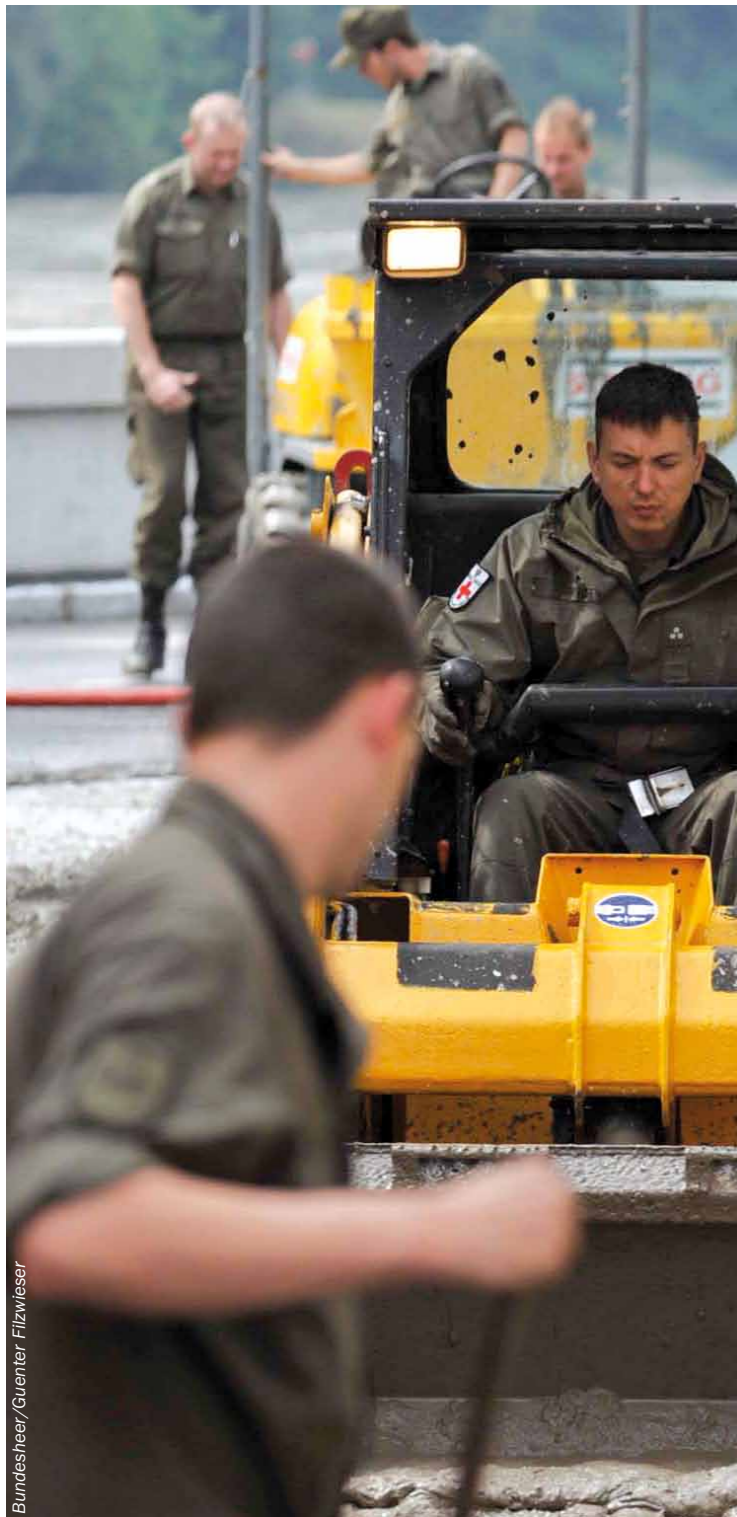
bekommt Österreich mehr Zivildienstler, die die Hilfsorganisationen dringend brauchen. Beim Bundesheer sind die Grundwehrdiener, die wirklich geeignet sind – und für diese können die Ressourcen in eine bestmögliche Ausbildung investiert werden. Eine der Hauptaufgaben für das Bundesheer soll der Katastrophen- und Zivilschutz bleiben.

Mit dem JA zur Wehrpflicht und damit auch dem vorgeschlagenen 3-Säulen-Modell zur Neuordnung des Bundesheeres stehe ich mit meiner Meinung keineswegs allein da. Denn je länger die Diskussion um die Bundesheer-Reform andauert, desto mehr richtet sich auch die Meinung der Bevölkerung pro Wehrpflicht. Die Gründe liegen auf der Hand, die Argumente sprechen für sich:

Wehrpflicht ist auch Katastrophenschutz

Wir können uns die Abschaffung der Wehrpflicht in den Gemeinden einfach nicht leisten. Gerade in Katastrophensituationen sind wir Gemeindevertreter die erste Ansprechstelle, wenn es darum geht, Hilfe zu organisieren und zu koordinieren. Doch woher soll die Hilfe in Katastrophensituationen kommen, wenn es kein Bundesheer mehr gibt?

Natürlich schätzen und wissen wir, welche unbezahlbare und unverzichtbare Arbeit unsere Feuerwehren und Rettungsorganisationen in den Gemeinden leisten. Doch auch sie können an ihre Grenzen stoßen, wie beispielsweise die Hochwasser- und Schneekatastrophen 2002 und 2006 oder die Hagelkatastrophe 2009 gezeigt haben.



Bundesheer/Guenter Filzwieser

Zivildienstler würden in Gemeinden fehlen

Die Folgen durch das Fehlen der Zivildienstler bei einer Abschaffung des verpflichtenden Wehrdienstes wurden bisher kaum berücksichtigt. Dabei wären die Auswirkungen für die Gemeinden fatal: Den Einsatzorganisationen, den sozialen Einrichtungen und Pflegeheimen würden viele hochqualifizierte und motivierte Mitarbeiter fehlen – ganz zu schweigen von der Verteuerung für die Bevölkerung.

Schlechte Erfahrungen in Deutschland

Unsere deutschen Nachbarn zeigen uns nur zu gut vor,

wie sich das Aussetzen der Wehrpflicht für ihr Land auswirkt: Vor einem Jahr wurde die Wehrpflicht in Deutschland ausgesetzt. 5.000 bis 15.000 Freiwillige wollte man für die Bundeswehr gewinnen. 12.461 Soldaten wurden schlussendlich eingestellt, allerdings brach jeder Vierte von ihnen den Dienst ab. Die meisten innerhalb der ersten beiden Wochen, viele erschienen erst gar nicht.

Die Gründe waren laut einer noch nicht veröffentlichten Studie des sozialwissenschaftlichen Instituts private Veränderungen, neue Jobangebote oder andere Vorstellungen von der Armee. Zwei „Kenner“ des deutschen

Systems, Leonhard Stärk (Landesgeschäftsführer des bayrischen Roten Kreuzes) und Oberst a.D. Herbert Hämmerle (deutscher Militärexperte) bestätigen die Studien-Ergebnisse mit ihren Erfahrungswerten und Daten: Demnach ist die Mannschaftsstärke der Bundeswehr von 250.000 auf knapp unter 200.000 gesunken. Die Folgen: Bei einigen Aufgaben wie der Katastrophenhilfe sind Einschränkungen notwendig. Einsätze in größerem Umfang werden nur mehr bedingt möglich sein. Noch schlimmer sind die Auswirkungen auf soziale Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz. Von vormals 90.000 geförderten Zivildienststel-

len reduzierte sich die Zahl um rund 2/3. Allein für das bayrische Rote Kreuz bedeuten die fehlenden Zivildienstler Mehrkosten für hauptberufliches Personal von 7,5 Millionen Euro, die nun von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zu tragen sind.

Frag nicht, was dein Land für dich tut....

Wir wollen aus den Erfahrungen unserer deutschen Nachbarn lernen und nicht dieselben Fehler, sondern es in unserem Land besser machen. Der Dienst für Österreich ist auch laut Umfragen bei unseren jungen Menschen akzeptiert und mehrheitsfähig. Sollte trotz aller Bemü-

hungen doch an der Wehrpflicht gerüttelt werden, so brauchen wir dringend einen verpflichtenden Sozialdienst. Dabei geht es nicht nur darum, Freiwillige für immer mehr Aufgaben zu motivieren. Hier ist vor allem die Eigen- und Sozialverantwortung jedes einzelnen jungen Menschen gefragt. Wie schon J.F. Kennedy einst sagte: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, frage, was du für dein Land tun kannst“, so denke auch ich, dass es Zeit ist, an die Kompetenz, die Eigenverantwortung und die Eigeninitiative jedes einzelnen in der Bevölkerung zu appellieren. Die Menschen haben in den vergangenen Jahren ein Anspruchsden-

ken gelebt, das nun von den Ansprüchen überfordert und nicht mehr finanzierbar ist.

Es wird Zeit, die ‚gesellschaftliche Kompetenz‘ der BürgerInnen zu aktivieren, das macht sie stärker und resistenter gegen Krisen. Und auch wenn es anfänglich rechtliche Bedenken gegenüber dem verpflichtenden Sozialdienst gab, scheint es auch in dieser Frage grünes Licht zu geben. Denn laut des im Auftrag des Österreichischen Gemeindebundes erstellten Rechtsgutachtens von Univ. Prof. Theo Öhlinger, steht dem verpflichtenden Zivildienst oder Sozialdienst auch aus Sicht der Menschenrechtskonvention nichts im Wege.

WIR WOLLEN EURE ZEIT UND EURE HILFE



Eva More-Hollerweger
Vize-Direktorin
NPO-Kompetenzzentrum
Wirtschaftsuniversität Wien

FREIWILLIGES ENGAGEMENT IN DEN GEMEINDEN

Das Engagement von Freiwilligen ist ein zentraler Lebensnerv der österreichischen Gemeinden. Ohne ehrenamtliche Helferinnen und Helfer wäre vieles nicht möglich. Ist Freiwilligenarbeit vielleicht auch eine Lösung zur Entlastung der Gemeindebudgets?

Wenn es darum geht, bezahlte Arbeit durch weitere Freiwilligenarbeit zu ersetzen, ist das – zumindest im großen Umfang – nicht realistisch. Freiwillige engagieren sich durchschnittlich vier Stunden pro Woche und sind häufig berufstätig. Damit stehen sie zeitlich nur sehr eingeschränkt zur Verfügung. Für die Bereitstellung vieler Dienstleistungen würde dies ein Problem darstellen. Rettung und Feuerwehren schaffen es, ihre Dienste mit einem großen Anteil von Freiwilligen zu erbringen. Dies ist

durch ein starkes Engagement der Freiwilligen, die dafür auch ein umfangreiches Ausbildungsprogramm absolvieren, sowie eine hohe Akzeptanz bei den Arbeitgebern und entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen möglich, stößt aber mitunter bereits an Grenzen. Es ist daher fraglich, inwieweit ein Einsatz in dieser Form in anderen Bereichen noch ausgebaut werden könnte.

Freiwilligenarbeit hat aber noch eine andere ökonomische Komponente, trägt sie doch dazu bei, Folgekosten gesellschaftlicher Entwicklungen zu verhindern. Gerade Jugendliche und ältere Menschen können durch Freiwilligentätigkeit sinnvoll in die Gemeinde eingebunden werden. Sie haben damit die Möglichkeit, sich zu verwirklichen und gleichzeitig einen Beitrag zum Gemeinwohl

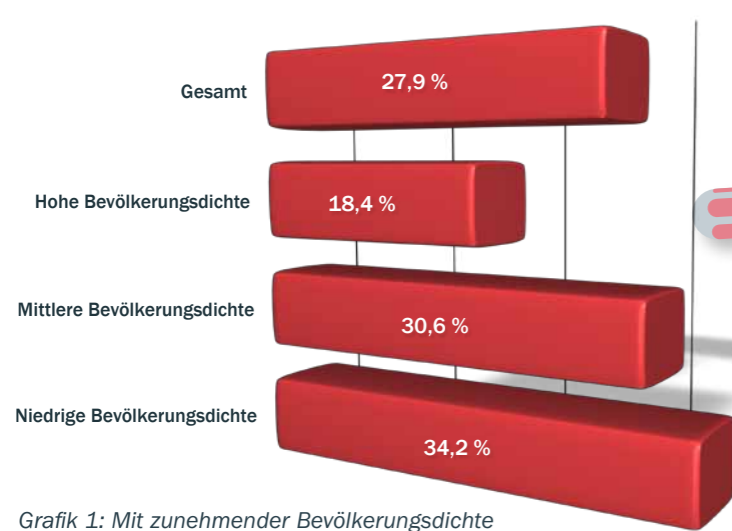
zu leisten. Wie ein Bürgermeister es sinngemäß ausdrückte: „Die Jungen bekommen Rückhalt und Selbstbestätigung, wenn sie was Sinnvolles zu tun haben. Die Älteren bleiben länger gesund und rüstig, anstatt daheim zu vereinsamen.“ Forschungsergebnisse zeigen zudem, dass Menschen, die in jungen Jahren bereits Erfahrungen mit Freiwilligenarbeit gemacht haben, sich mit höherer Wahrscheinlichkeit auch später wieder engagieren.

Gut funktionierende Freiwilligenarbeit kann auch ein Anreiz für Menschen sein, in ihren Gemeinden wohnen zu bleiben und nicht in städtische Ballungszentren abzuwandern. Freiwilligentätigkeit hat eine hohe Bindungskraft, fördert den Zusammenhalt im Dorf. Damit können die Städte nicht punkten. Freiwilliges Engage-

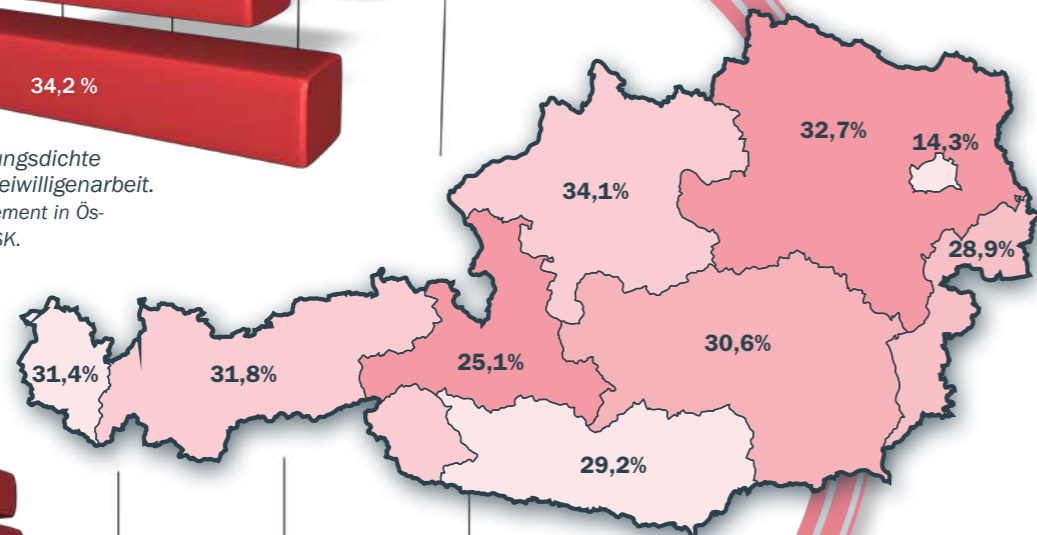
ment nimmt mit zunehmender Bevölkerungsdichte signifikant ab. Beteiligen sich in Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte 34,2 Prozent der Menschen aktiv am Gemeindegeschehen, sind es in Ballungsräumen nur 18,4 Prozent (Grafik 1). Eine Reihe von Aufgaben, die in urbanen Gebieten von bezahlten Diensten übernommen werden, erbringen am Land freiwillig Engagierte, wie beispielsweise die Aufgaben der Feuerwehr, Bibliotheken und Museen.

14 Millionen Wochenstunden für Freiwilligenarbeit

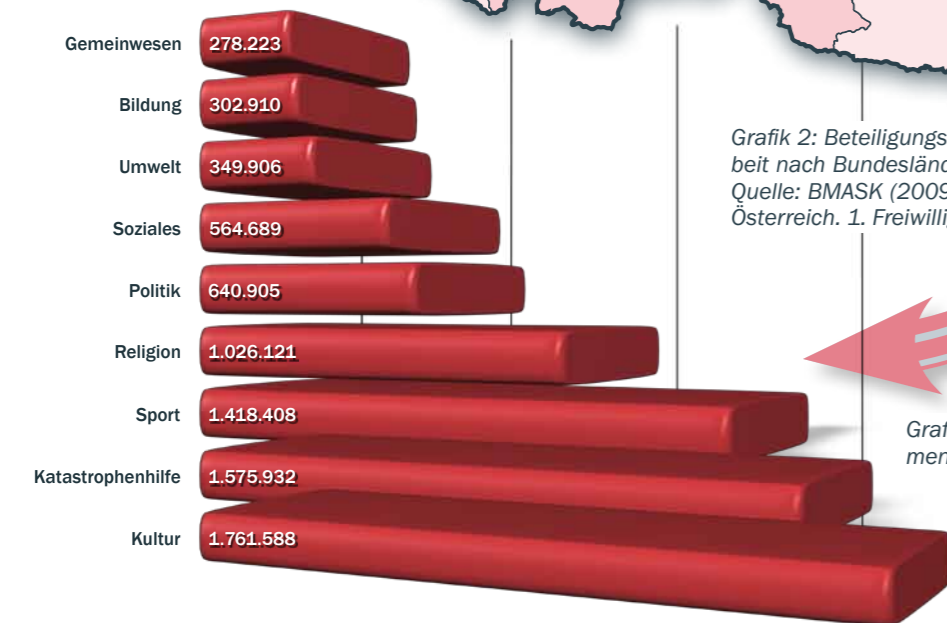
Die meisten Freiwilligen finden sich in den Bereichen Kultur, Sport, Religion und Katastrophenhilfe, wobei Freiwilligenarbeit nicht notwendigerweise formal über Vereine und Freiwilligen-Organisationen erfolgen muss. 27,1 Prozent



Grafik 1: Mit zunehmender Bevölkerungsdichte sinkt die Beteiligungsquote an der Freiwilligenarbeit. Quelle: BMASK (2009). Freiwilliges Engagement in Österreich. 1. Freiwilligenbericht. Wien: BMASK.



Grafik 2: Beteiligungsquoten in der formellen Freiwilligenarbeit nach Bundesländern. Quelle: BMASK (2009). Freiwilliges Engagement in Österreich. 1. Freiwilligenbericht. Wien: BMASK.



Grafik 3: Wöchentliches Arbeitsvolumen in der Freiwilligentätigkeit in h.

der Österreicherinnen und Österreicher engagieren sich informell im Rahmen von Nachbarschaftshilfe und verbringen damit rund 6,7 Millionen Stunden pro Woche. Rechnet man die Summe der Stunden für formelle Freiwilligenarbeit hinzu, ergeben sich insgesamt mehr als 14 Millionen Wochenstunden (Grafik 3).

Grundsätzlich beteiligen sich alle Bevölkerungsgruppen an Freiwilligenarbeit, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß. Die 40- bis 59-Jährigen beteiligen sich am stärksten, überraschend hoch ist die Beteiligung der 15- bis 19-Jährigen. Ab 60 Jahren beteiligen sich immer weniger Menschen (Grafik 4). Die Beteiligung an der Freiwilligenarbeit steigt mit zunehmendem Bildungsgrad (Grafik 5). Das bedeutet allerdings nicht, dass unter

den Freiwilligen nur Menschen mit hohem Bildungsgrad zu finden sind – im Gegenteil: der Großteil der Freiwilligen (68%) hat keine Matura. Ältere Menschen engagieren sich vor allem in den Bereichen Religion, Kultur und Soziales. Diese Gegebenheiten sind bei der Auswahl und Ansprache der jeweiligen Zielgruppen zu beachten, wenn man innerhalb einer Gemeinde Freiwilligenaufgaben übertragen möchte. Aufgabe und Zielgruppe müssen zusammenpassen.

Herausforderungen für die Zukunft

Womit Freiwilligenorganisationen in Hinkunft vermehrt rechnen müssen, ist die wachsende Mobilität ihrer Mitglieder. Die Menschen wechseln immer öfter die Organisation, für die sie tätig sind, weil es mehr

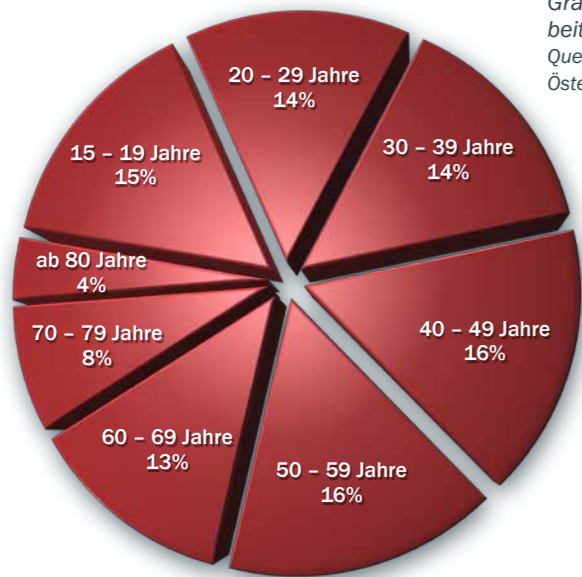
Gelegenheiten gibt, sich zu engagieren. Damit steigt auch die Möglichkeit, ein bestimmtes Ehrenamt abzulehnen oder sich nur für eine sporadische Mithilfe, jedoch nicht für eine auf längere Zeit angelegte Funktion zu entscheiden.

Das macht es nicht unbedingt leicht für die Freiwilligenorganisationen, die an der Schnittstelle zwischen den Bedürfnissen der Gesellschaft und jenen der Freiwilligen arbeiten. Sie müssen einerseits die Freiwilligen motivieren und sich bemühen, ihnen einen guten Platz zu bieten, sie müssen aber auch damit leben können, dass sich die Freiwilligen rasch wieder verabschieden. Ein wichtiges Mittel, Freiwillige zu binden, ist es, ihnen Wertschätzung für ihren Beitrag entgegen zu bringen. Neben verschiedenen Formen der Anerkennung zählt

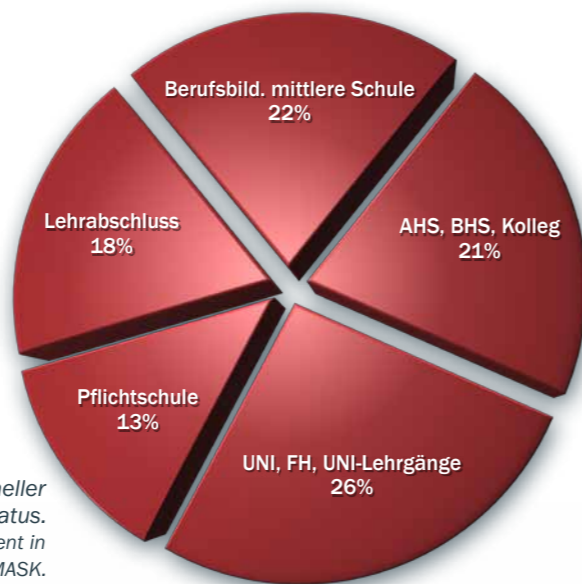
dazu auch, die Bedürfnisse der Freiwilligen in die Gestaltung der Tätigkeit einfließen zu lassen: die Berücksichtigung zeitlicher Restriktionen der Freiwilligen, der Wunsch nach Reflexion über die Tätigkeit mit anderen MitarbeiterInnen etc. Viele Organisationen haben in den letzten Jahren ein professionelles Freiwilligenmanagement aufgebaut.

Auch die Gemeinden können zum Erfolg des freiwilligen Engagements wesentlich beitragen und entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Drei Viertel der befragten BürgermeisterInnen können sich vorstellen, in den nächsten Jahren in den Auf- und Ausbau der Strukturen für Freiwillige zu investieren. Größten Handlungsbedarf sehen die BürgermeisterInnen bei der Absicherung im Rahmen einer

FREIWILLIGES ENGAGEMENT IN DEN GEMEINDEN



Grafik 4: Beteiligung an formeller Freiwilligenarbeit nach Altersgruppen.
Quelle: BMASK (2009). Freiwilliges Engagement in Österreich. 1. Freiwilligenbericht. Wien: BMASK.



Grafik 5: Beteiligung an formeller Freiwilligenarbeit nach Bildungsstatus.
Quelle: BMASK (2009). Freiwilliges Engagement in Österreich. 1. Freiwilligenbericht. Wien: BMASK.

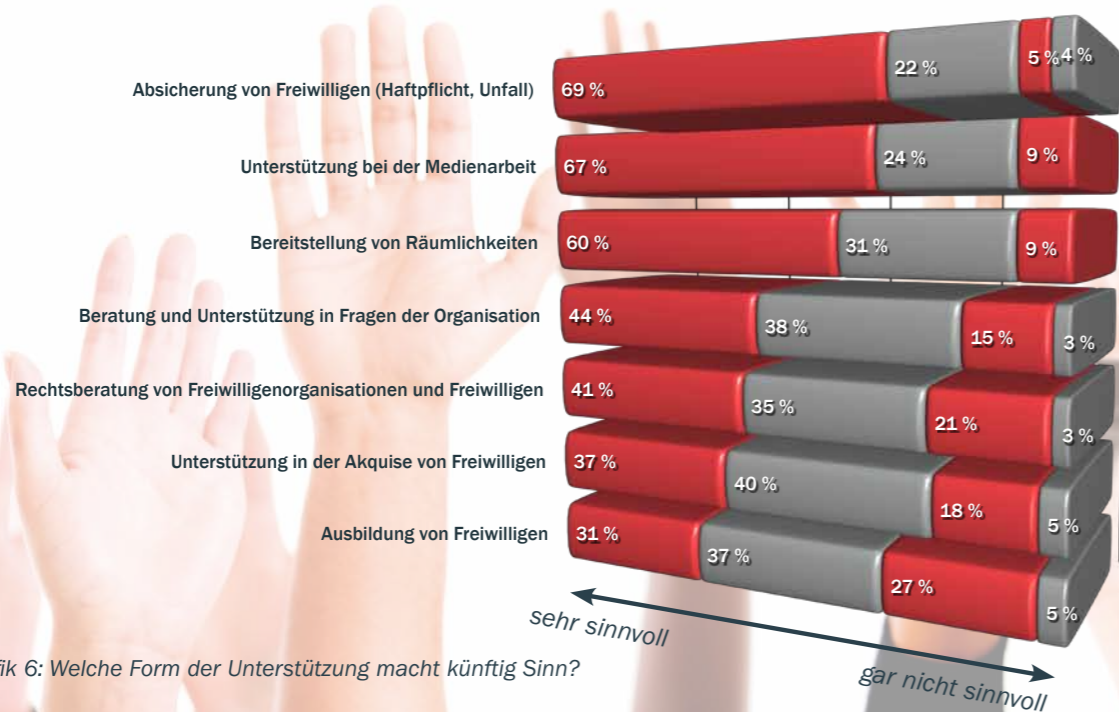
FREIWILLIGES ENGAGEMENT IN DEN GEMEINDEN

Haftpflicht- bzw. Unfallversicherung (Grafik 6). In einigen Bundesländern (z.B. Vorarlberg, Oberösterreich) werden diese auf Landesebene bereitgestellt, es gibt jedoch nach wie vor Handlungsbedarf. Weitere unterstützende Maßnahmen sind die Bereitstellung von Räumlichkeiten, Beratung von Organisationen und Freiwilligen in rechtlichen und organisatorischen Belangen sowie die Unterstützung der Organisationen bei der Akquise von Freiwilligen und deren Ausbildung. Die Frage nach einem verpflichtenden

Sozialjahr fand bei nahezu 80 Prozent der befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeisterinnen Zustimmung, allerdings halten nur etwas mehr als 60 Prozent ein solches Sozialjahr für tatsächlich durchsetzbar. Inwieweit es den Gemeinden gelingt, das Potenzial an Freiwilligenarbeit auszuschöpfen, hängt von vielen Faktoren ab – nicht alle lassen sich von der Gemeinde unmittelbar beeinflussen. Ein wichtiger Aspekt ist die Kommunikationskultur, die Art und Weise, wie über Angelegenheiten der Gemeinde

kommuniziert wird. 80 Prozent der BürgermeisterInnen stimmen zu, dass es künftig neue Netzwerke und Formen der Zusammenarbeit braucht, um möglichst viele BürgerInnen einzubinden, wenn es darum geht, die Lebensqualität in der Gemeinde zu sichern. Es gibt viele Beispiele, bei denen Gemeinden Herausforderungen der Zukunft mit innovativen Ideen begegnen, sei es im Bereich des Energiesparens, Lösungen zur Erhöhung der Mobilität, der Jugendarbeit etc. Fast immer steckt dahinter auch das persönliche, ehren-

amtliche Engagement von einer Gruppe von BürgerInnen. Detaillierte Informationen mit anschaulichen Grafiken und Tabellen zum Thema Freiwilligenarbeit enthält der „1. Freiwilligenbericht“ von Mag. Eva More-Hollerweger und a.o. Univ.-Prof. Dr. Arno Heimgartner im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK). Die Publikation steht im Internet unter www.bmask.gv.at, Menüpunkt „Freiwilligenweb“, zum Download zur Verfügung.



Grafik 6: Welche Form der Unterstützung macht künftig Sinn?



Dr. Walter Gratzner
FOKUS Management Consulting AG
St. Gallen/Schweiz

SMALL IS BEAUTIFUL SIND KLEINE STRUKTUREN LEISTUNGSFÄHIGER?

Seit mehreren Jahrzehnten werden in der öffentlichen Debatte die Vorteile einer bestimmten Organisationsform plakativ aufgezeigt, wogegen Nachteile allzu oft „ausgeblendet“ werden. Im Kern geht es um die Frage, ob kleine oder grosse bzw. dezentral oder zentral aufgestellte Organisationen erfolgreicher sind, zumal jede Form „gesicherte“ Vorteile wie Nachteile aufweist.

Verschiedene Organisationsformen denkbar

In der Tat finden sich für jede dieser vier Organisationsformen sowohl im Profit- als auch im Non-Profit-Sektor zahlreiche Beispiele an „Erfolgsgeschichten“. Als Beispiel sei hier stellvertretend das Gesundheitswesen genannt – man denke nur an das Rote Kreuz/Ö (klein/dezentral), die SANA-Kliniken/D

(klein/zentral), die GKK/Ö (gross/dezentral) oder die SUVA/CH (gross/zentral).

Kann uns die Organisationsforschung eine „Präferenz“ nennen? Empirisch eindeutige Belege für den „durchschlagenden Erfolg“ der einen oder der anderen Organisationsform konnten bislang nicht erbracht werden, es lassen sich jedoch Erfolgsmuster erkennen.

Seit längerem ist bekannt, dass die jeweils gegebenen Umfeld- bzw. Branchenbedingungen, insbesondere die Komplexität (Anzahl relevanter Umweltfaktoren) und die Dynamik (Veränderung relevanter Umweltfaktoren) den Erfolg einer Organisationsform massgeblich bestimmen. Zentralistisch hierarchische Organisationsstrukturen sind demzufolge für unsere hoch komplexe

und äusserst dynamische Welt denkbar ungeeignet.

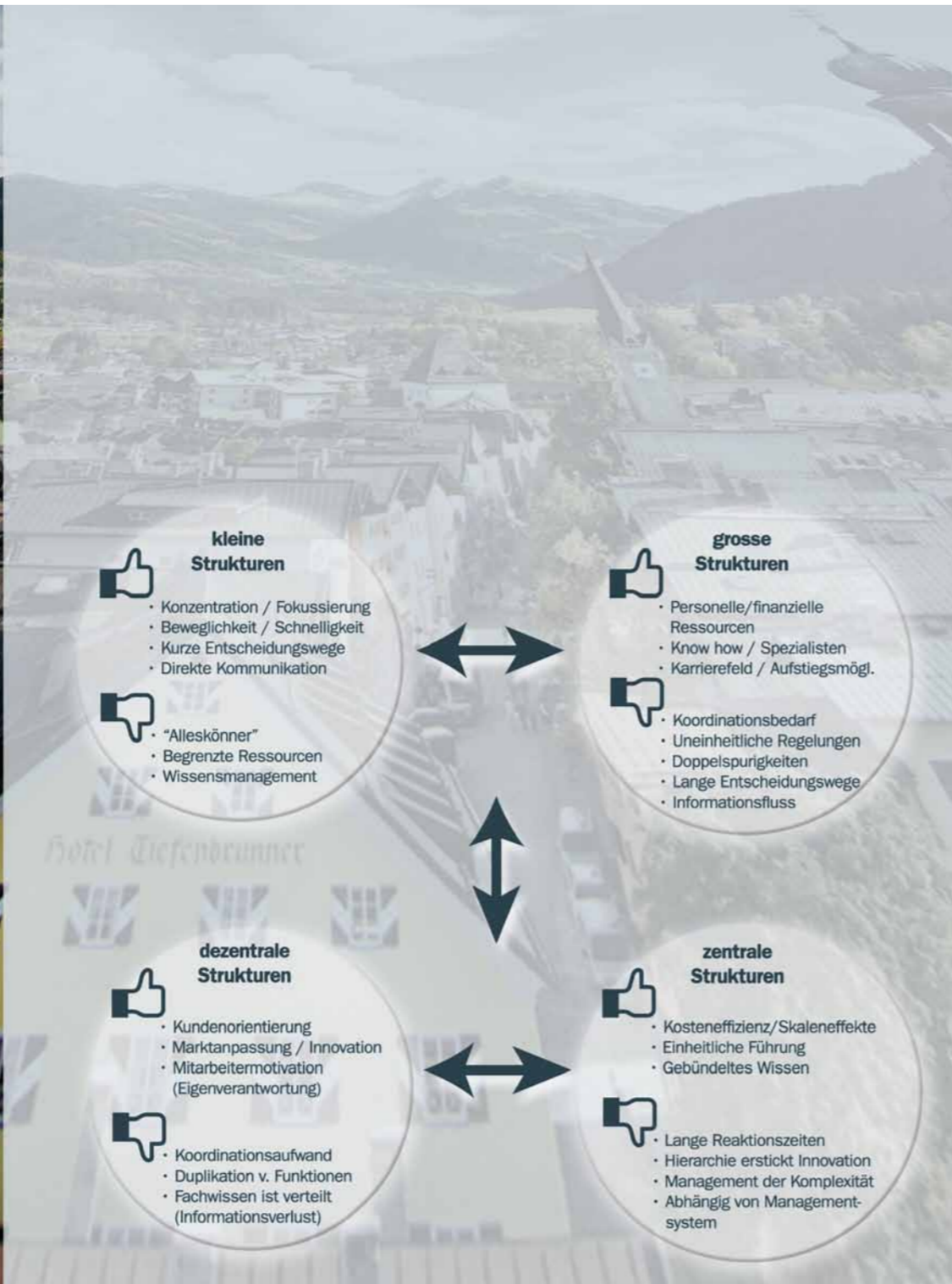
Langfristiges Überleben einer Organisation kann nur durch profitables Wachstum bzw. optimalen Ressourceneinsatz gesichert werden. Dies erfordert sowohl Innovation („Wachstumsmotor“) als auch Effizienz („Renditetreiber“). Innovationen brauchen Kundennähe, Marktkenntnis und Freiraum und diese sind in kleineren, dezentral ausgerichteten Strukturen besser gegeben. Andererseits lassen sich Kosteneinsparungen tendenziell besser in grösseren, zentral angesiedelten Einheiten erreichen („Skaleneffekte“). Zu beachten sind hierbei auch Unterschiede in den organisatorischen Funktionen - beispielsweise eignen sich Einkauf oder IT eher zur Zentralisierung, wogegen

Kundenservice oder Leistungsmanagement dezentral zu organisieren sind. Des Weiteren zeigen neuere Studien: Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Organisation liegt „im richtigen Mix“ aus „harten“ (Restrukturierung, Kostenreduktion, Prozessoptimierung, etc.) und „weichen“ (Führung, Motivation, Kooperation, Change Management, etc.) Organisationselementen.

„Hybride Organisationen“ als Zukunftsform

Demzufolge haben sich in den letzten Jahren Organisationskonzepte herausgebildet, welche versuchen mehrere Fähigkeiten abzudecken:

- kompromisslose Markt- und Kundenorientierung
- optimale Allokation von zentraler und dezentraler



SMALL IS BEAUTIFUL SIND KLEINE STRUKTUREN LEISTUNGSFÄHIGER?

Aufgabenwahrnehmung
 • gemeinsam entwickelte Werte, Ziele und Regeln als Handlungsrahmen
 • Neu- bzw. Ausgründungen, kleine Einheiten und ad-hoc-Teams sind etabliert
 • dezentrale Entscheidungskompetenz und Ergebnisverantwortung sind verankert
 • gleichmäßige Verteilung von Wissen und Macht
 • alle Organisationsmitglieder kommunizieren direkt
 • Vertrauen hat Formalisierung ersetzt
 • Steuerung der Organisation basiert auf anerkannten Kennzahlen
 • symbiotische Verbindungen (Kooperationen, etc.) mit anderen Organisationen bestehen
 • hohe Flexibilität prägt das Geschehen
 Man spricht von Modularisierung, Netzwerkbildung und

Virtualisierung oder auch von „Hybriden Organisationen“.

Trends und Auswirkungen für Kommunen

Ein kurzer Blick auf die aktuell erkennbaren Trends und Entwicklungen im kommunalen Umfeld zeigt: Demographischer Wandel (weniger Kinder/Junge, mehr ältere Menschen/mehr Pflegefälle, mehr Menschen mit Migrationshintergrund), Betriebsstättenverlagerungen in Drittländer, Baulandverknappung, Verstädterung, Rückzug der (Nah-)versorger, Finanzmittelknappheit, etc.. Hinzu kommt: Bürger werden informierter, kritischer und engagierter, tradierte Verwaltungsstrukturen werden in Frage gestellt und die Datenrevolution schafft Transparenz, Überall-Verfügbarkeit von Informationen und Standardisierungspotenziale.

Wir haben es also auch im Gemeindebereich mit einem zunehmend dynamischen und komplexen Umfeld zu tun.

Gemeinden kennzeichnen sich durch bürgernahe, dezentrale, auf „Multi-Tasking“ ausgelegte, transparente, modular aufgebaute und netzwerkartige Organisationsstrukturen und haben somit eine sehr gute Basis, die Vielzahl an unterschiedlichen Aufgaben sowie anstehenden Herausforderungen zu meistern. Die Einführung zentralistisch-hierarchischer Strukturen, einhergehend mit der Verlagerung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen wäre somit für die österreichische Gemeindeverwaltung organisatorisch ebenso kontraproduktiv, wie ein „von oben verordneter Konzentrationsprozess“ an dessen Ende eine Vielzahl

(zwangs-)fusionierter Großgemeinden stünden. Gleichwohl stellt sich für nahezu jede Gemeinde heute die Frage, ob sie zukünftige Aufgaben und Herausforderungen „stand-alone“ anpackt oder ob sie alternative Entwicklungspfade beschreitet. Konkret bedeutet dies, dass sie mit ihrer/ihren Nachbargemeinde/n verstärkt Gemeinschaftsaktionen durchführt, neue Kooperationen eingeht oder fusioniert. Das erfolgreiche Beschreiten solcher „neuer Wege“ wird von verschiedenen Kriterien bestimmt wobei für den Entscheidungsprozess der Gemeindegremien „in Richtung einer stärkeren Zusammenarbeit“ zu gehen die Beantwortung einiger Kernfragen hilfreich sein kann (beispielhaft):

- Haben die relevanten Gemeinden gemeinsame



SMALL IS BEAUTIFUL SIND KLEINE STRUKTUREN LEISTUNGSFÄHIGER?

- historische Wurzeln?
- Bestehen historisch gewachsene, kulturelle Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten zwischen den Gemeinden?
- Haben die verschiedenen Gemeinden eine ähnlich gelagerte Wirtschafts- und Sozialstruktur? Gibt es daraus abgeleitet ähnliche Positionierungen?
- Können Einrichtungen einer Gemeinde im Verbund mit anderen besser ausgelastet und damit rentabler betrieben werden?
- Wie hoch ist der finanzielle Druck auf die relevanten Gemeinden?
- Stehen in den Partnergemeinden ähnlich gelagerte, grössere Investitionen an?
- Lassen sich innovative Ideen und Vorhaben aufgrund von Topographie,

Mittelbedarf, etc. nur im Verbund realisieren?

- Lässt sich durch einen gemeinsamen (regionalen und/oder thematischen) Marktauftritt für alle Partner ein Mehrwert schaffen?
- Wie stehen die Bürger und Meinungsbildner dem Vorhaben gegenüber? – hemmende/fördernde Kräfte

Gerade Gemeindekooperationen folgen der geschilderten „Hybriden Organisation“ indem sie Raum für Netzwerkstrukturen, Kompetenzcenter und Shared Services bieten, Einsparpotenziale ausschöpfen und eine vergleichsweise hohe Umsetzungchance haben. Die Identität der Partnergemeinden bleibt erhalten, gleichzeitig können die Synergiepotenziale genutzt werden. „Erleichter-

ung“ brachte dazu das neue Gemeindekooperationsgesetz.

Kooperationsansätze sind primär anhand von „Bürgerakzeptanz“ und „Finanzpotenzial“ zu bewerten. Hierzu einige in der Praxis bereits bewährte Beispiele. Eine weitere wesentliche strukturelle Frage lautet: Wie können die Profit-Bereiche einer Gemeinde mit den Non-profit-Bereichen (ehrenamtliche Mitarbeit, kostenlose Leistungen, Zeitausschüttungen, etc.) ganzheitlich optimiert werden? Gerade bei diesem Thema stehen wir erst am Anfang der Entwicklung.

Zusammenfassung und Ausblick

„Die erfolgreiche (Gemeinde-) Organisation der Zu-

kunft“ zeigt eine „hybride Organisationsform“:

Sie ist kunden(bürger-)nahe, schlank und dezentral ausgerichtet, nutzt die Web 2.0-Potenziale, zerlegt ihre Geschäfte in beherrschbare Teile und optimiert das „make or buy“ aller Aufgaben, ist in Netzwerke eingebunden und nutzt Wege der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und Institutionen.

Zudem werden „Soft Skills“ gefördert. So kann sich die Gemeinde einem dynamischen und komplexen Umfeld rasch und flexibel anpassen, Effizienzpotenziale nutzen und bestehende sowie neue Aufgaben trotz Finanzmittelknappheit erfolgreich zum Wohle ihrer Bürger wahrnehmen.



Dr. Walter Leiss
Generalsekretär
Österreichischer Gemeindebund

DÄNEMARK EIN VORBILD FÜR ÖSTERREICH?

Immer wieder wird Dänemark mit seiner Gemeindestruktur als Vorbild für Österreich genannt. Bei einer mit Österreich vergleichbaren Größe gibt es in Dänemark nach einer mehrstufigen Gemeindereform nur noch 98 Gemeinden. Ein Vorbild für Österreich?

Der Verlauf mancher öffentlicher Debatten wiederholt sich stets im gleichen Muster. Immer, wenn in Österreich von Strukturreformen bei Gemeinden die Rede ist – und mit diesem Begriff sind in der Regel Zusammenlegungen gemeint – ruft jemand: In Dänemark ging's doch auch!

Ein verlockender Zugang, diesen Vergleich anzustellen, schließlich sind Dänemark und Österreich zumindest in gewissen Eckdaten einigermaßen vergleichbar. Dazu

lohnt es sich einerseits das skandinavische Vorbildland persönlich zu besuchen und andererseits auch, vorab einen genaueren Blick auf diese Grunddaten zu werfen, nur damit man ein Gefühl für die Vergleichbarkeit bekommt (siehe Grafik nachfolgende Seite).

Beides ist geschehen. Im Rahmen einer Bildungsreise hat eine Delegation des Gemeindebundes die dänischen Strukturen einige Tage lang intensiv studiert. Diese Erfahrungen, verknüpft mit harten Fakten und Eckdaten beider Länder, ergeben das Bild, das in diesem Beitrag für den „Kommunalen Zukunftsbericht 2012“ beschrieben wird.

Österreich ist von der Fläche her fast doppelt so groß wie das nordische Land (allerdings ohne Grönland und

Faröer, die formell auch zu Dänemark gehören). Auch die Einwohnerzahl entspricht einigermaßen diesem Verhältnis. Weitere Eckdaten wie Beschäftigungsquote, Arbeitslosenquote, Bruttoinlandsprodukt und Wirtschaftsleistung sind ebenfalls vergleichbar.

Gute Voraussetzungen also, um die beiden Länder auch in ihren Strukturen auf Gemeindeebene zu vergleichen. Bis 1970 hatten die Dänen auch dahingehend ein mit Österreich vergleichbares Modell der staatlichen Ebenen. 1.388 Gemeinden, 25 Bezirke und einen Bundesstaat gab es damals. In einem ersten Reformschritt, der freilich mehr als 30 Jahre dauerte, wurde die Anzahl der Gemeinden auf 271 reduziert, auch die Anzahl der Bezirke schrumpfte von 25 auf 13.

Aus dem zweiten Reformschritt, der im Jahr 2007 umgesetzt wurde, resultierte letztlich die Verwaltungsgliederung, die man in Dänemark heute vorfindet. 98 Gemeinden, 5 Regionen, ein Bundesstaat. Der Weg, der zu diesem Ergebnis führte, war steinig, das bestätigen selbst die Befürworter der Reform. Immerhin hat die durchschnittliche dänische Gemeinde nun zumindest 20.000 Einwohner, idealerweise sogar 30.000. Die Verwaltungsabläufe werden durch eine derartige Veränderung der Gemeindegröße drastisch verändert, wie auch Peter Fjerring, Experte des dänischen Gemeindebundes eingesteht. Dennoch sind die meisten Zusammenlegungen unter Einbindung der Bevölkerung, in der Regel auch mithilfe von Volksabstimmungen der Betroffenen durchgeführt worden.

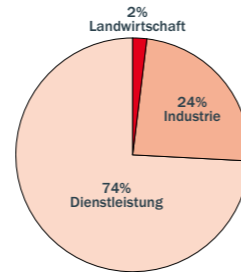


5,5 Mio. Einwohner

2,8 Mio. Beschäftigte (4% Arbeitslosenrate)
28,7 % Anteil öffentl. Dienst an Gesamtbeschäftigung (2008)
BIP: € 32.600 pro Einwohner
1 % Wirtschaftswachstum 2011

98 Gemeinden, 5 Bezirke/Regionen, 1 Bundesstaat

43.000 m²
(ohne Grönland u. Farøer)

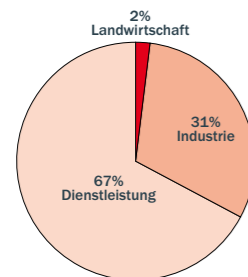


8,4 Mio. Einwohner

4,1 Mio. Beschäftigte (4,8% Arbeitslosenrate)
12,4 % Anteil öffentl. Dienst an Gesamtbeschäftigung (2008)
BIP: € 32.800 pro Einwohner
2,7 % Wirtschaftswachstum 2011

**2.357 Gemeinden, 9 Bundesländer,
98 Bezirke, 1 Bundesstaat**

83.000 m²



DÄNEMARK EIN VORBILD FÜR ÖSTERREICH?

Wie ist nun die Verwaltungsstruktur von Dänemark zu bewerten und einzuschätzen? Österreich verfügt de facto über vier Verwaltungsebenen, nämlich Bund, Länder, Bezirke und Gemeinden. In Dänemark gibt es de facto die Ebene der Bundesländer nicht. Die Ebene zwischen Bund und Gemeinden wird dort als „Region“ bezeichnet und entspricht am ehesten einem Bezirk. Dies auch deshalb, weil diese insgesamt fünf dänischen Regionen mit Ausnahme der Gesundheitsagenten auch keine operativen Aufgaben wahrzunehmen haben.

Und selbst im Gesundheitsbereich ist deren Aufwand übersichtlich. Der Grund: In ganz Dänemark gibt es nur rund 30 Spitalsstandorte, der Großteil der Gesundheitsversorgung funktioniert über den niedergelassenen Bereich und

hier wiederum über Gruppenpraxen und Ärztezentren, für die wiederum die Gemeinden maßgeblich verantwortlich sind. Die Spitäler werden tatsächlich nur für stationäre Notfälle angefahren. Die erheblich geringere Standortdichte sorgt freilich auch für deutlich längere Anfahrtswege im Notfall.

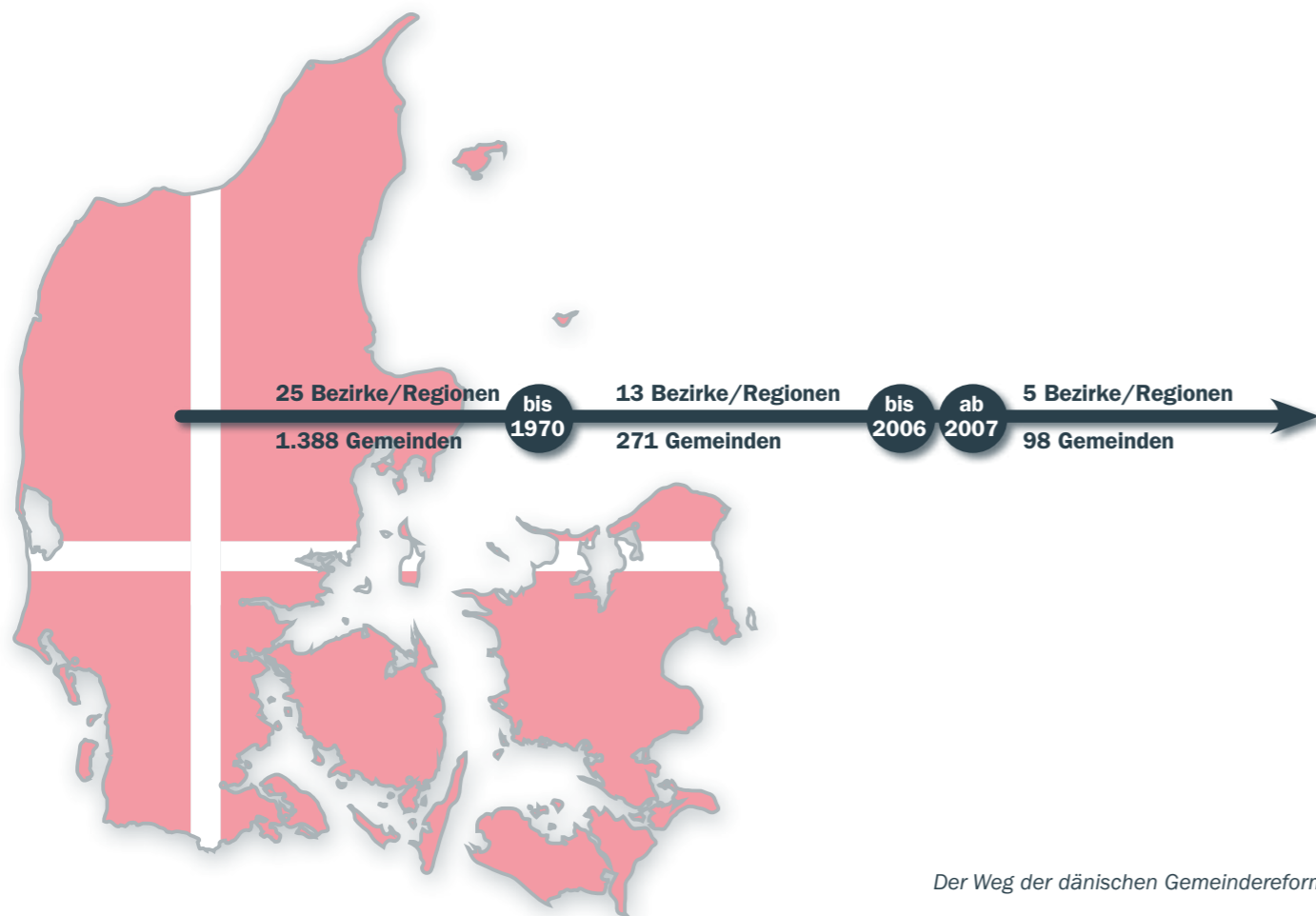
Die Aufgaben und Zuständigkeiten der dänischen Gemeinden sind da schon weit umfangreicher und beinhalten vieles, wofür in Österreich die Bundesländer zuständig sind. So sind die Kommunen u.a. für Pflichtschulen und Kindergärten zuständig, bezahlen in beiden Bereichen allerdings auch das Personal. Alten- und Pflegebetreuung zählen ebenso zu den kommunalen Aufgaben wie Umwelt, Abfall, Wasser und Abwasser, Gemeindestraßen, Integration oder auch Arbeitslosenhilfe.

Dafür werden die Kommunen freilich auch mit deutlich höheren Finanzmitteln ausgestattet. 49 Prozent der dänischen Bundessteuern fließen den Gemeinden zu, in Österreich sind es über den Finanzausgleich bekanntlich nur 11,8 Prozent. Die dänischen Regionen, die das Spitalswesen finanzieren, erhalten 22 Prozent der Finanzmittel, der Bundesstaat behält für seine eigenen Aufgaben nur 29 Prozent (in Österreich behält der Bund fast zwei Drittel der Einnahmen ein).

Wofür wird in dänischen Kommunen das Geld ausgegeben? Auch hier drücken sich die unterschiedlichen Aufgaben der Gemeinden sofort in Zahlen aus. Fast ein Drittel der kommunalen Einnahmen wird für Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen aufgewandt, weitere 22

Prozent für soziale Leistungen, mit knapp 20 Prozent liegen die Transferleistungen auch noch im Spitzenfeld kommunaler Aufgaben (siehe Grafik).

Einer der wichtigsten Indikatoren, die Systeme wie das dänische und das österreichische vergleichbar machen, ist der Anteil des öffentlichen Dienstes an der Gesamtbeschäftigung. Und hier erlebt man in Dänemark die erste große und negative Überraschung. Laut OECD-Berechnungen arbeiten in Österreich 12,4 Prozent aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst, in Dänemark sind es unglaubliche 28,7 Prozent. Selbst wenn man die heimischen ausgelagerten, aber verstaatlichten Betriebe hinzufügen würde, bliebe am Ende immer noch übrig: Die öffentliche Hand beschäftigt in Dänemark doppelt so



Der Weg der dänischen Gemeindereform

DÄNEMARK EIN VORBILD FÜR ÖSTERREICH?

viele Mitarbeiter/innen, wie in Österreich. Im europäischen und internationalen Vergleich ein absoluter Spitzenwert. In den Berechnungen der OECD liegen dabei übrigens auf den ersten vier Plätzen nur skandinavische Länder. Norwegen vor Dänemark, Schweden und Finnland. Erst an fünfter Stelle folgt Frankreich. Österreich liegt in dieser Statistik der Beschäftigungsquote des öffentlichen Dienstes weit unter dem OECD-Durchschnitt von 15 Prozent.

Die extrem hohe öffentliche Beschäftigung heißt im Umkehrschluss auch, dass bei Betrachtung der Personalstände und Aufgaben die Gemeinden über den weitaus größten Anteil an öffentlichem Personal verfügen. Das wiederum führt zu zahlreichen zusätzlichen Management-

und Abteilungsebenen in kommunalen Bereichen, die es in kleinteiligen Strukturen in dieser Form nicht gibt. Wer Bereichsleiter, Abteilungsleiter, Controller, etc. zu bezahlen hat, dessen Personalstruktur und daher auch –kosten werden sich deutlich von einer kleinen Gemeinde unterscheiden, in der es beim Personal nur flache Hierarchien und wenig unterschiedliche Verwendungsgruppen gibt.

In Dänemark hat die hohe Beschäftigungsquote im öffentlichen Sektor natürlich auch unmittelbare Auswirkung auf die Höhe der Steuern, sowohl der Konsumsteuern, als auch der lohnabhängigen Abgaben. Dort, wo in Österreich der Spitzensteuersatz endet, also bei rund 50 Prozent, beginnt in Dänemark der Mindeststeuersatz. 53

Prozent beträgt er, inklusive Sozialversicherungsabgaben, und geht hoch bis über 70 Prozent für Spitzenverdiener. Hohe soziale Standards und hohe öffentliche Beschäftigung wollen bezahlt werden.

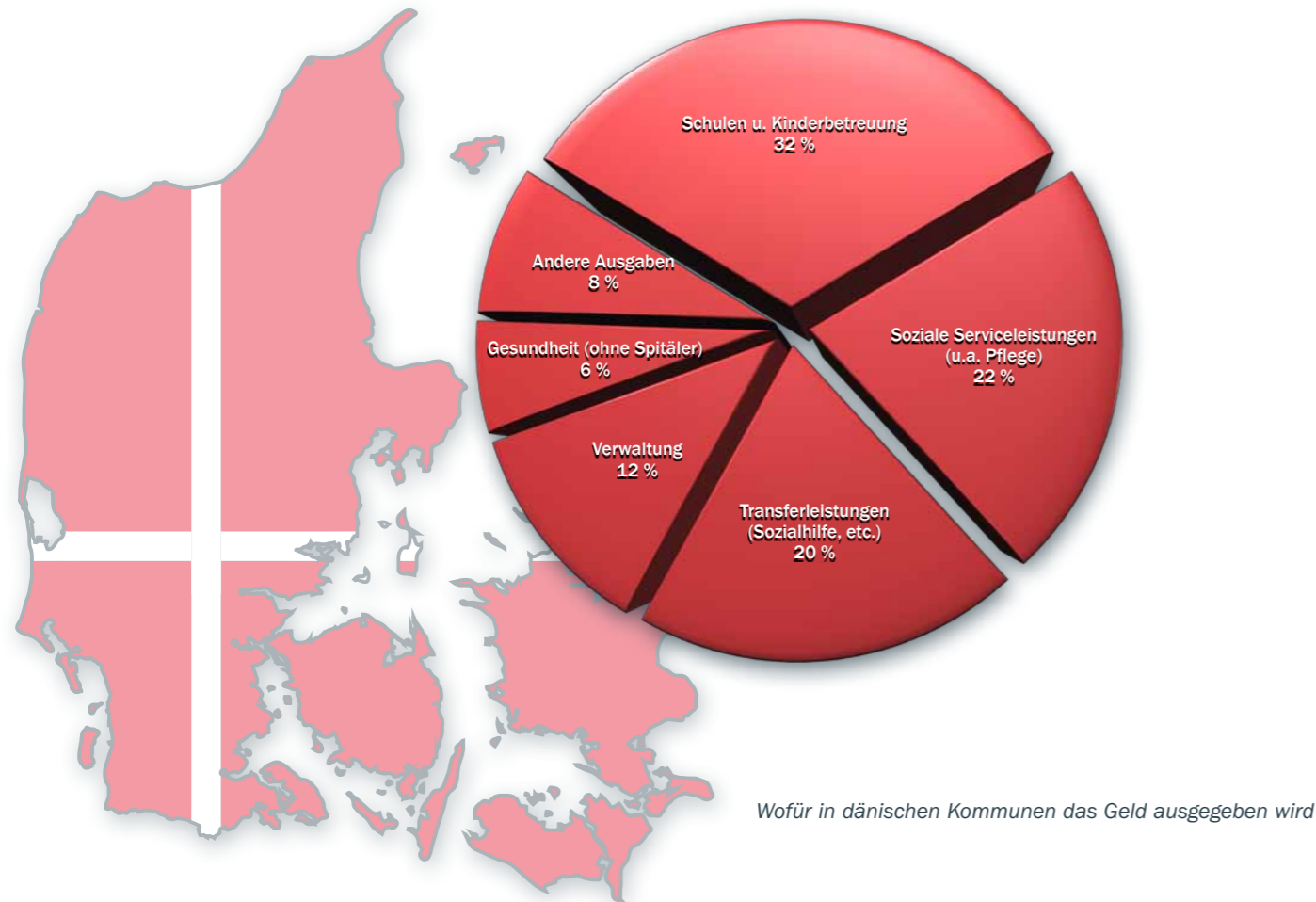
Den Preis, wenn auch in volkswirtschaftlich positiver Hinsicht, bezahlen die Dänen auch über ihr reales Pensionsantrittsalter. Das liegt dort nämlich bei 65 Jahren. „Haben wir auch“, könnte man sagen. Stimmt. Aber nicht real, sondern nur gesetzlich. Real geht der durchschnittliche Österreicher weit vor dem 60. Lebensjahr in Pension.

Steuerlich gibt es zwischen den dänischen und den heimischen Gemeinden einen Unterschied, der fairerweise auch nur in der dänischen Struktur einigermaßen um-

setzbar ist, nämlich das Recht der Gemeinden, Steuern in einem bestimmten Spielraum selbst festzusetzen. Das kann dazu führen, dass unterschiedliche Rahmenbedingungen, wie geographische Lage, Industrialisierung, etc. zumindest zum Teil ausgeglichen werden können.

Gelegentlich führt auch das zu kuriosen Entwicklungen. In einer Vorstadtgemeinde von Kopenhagen beispielsweise, lebte lange Zeit der jüngst verstorbene Eigentümer der weltweit größten Container-Reederei Maersk. Der Mann trug dermaßen viel zum Lohnsteueraufkommen der Kommune bei, dass die Gemeinde nach seinem Tod für alle anderen Bürger die Steuern erhöhen musste, weil der Ausfall sonst nicht zu verkraften gewesen wäre.

DÄNEMARK EIN VORBILD FÜR ÖSTERREICH?



Gemeindeamt: Eher ein Verwaltungszentrum als eine politische Vertretung

Ein Besuch in der dänischen Gemeinde Høje-Taastrup, einer Gemeinde nahe der Hauptstadt Kopenhagen, bringt weitere interessante Folgewirkungen einer großteiligen Gemeindestruktur zu Tage. Das Gemeindeamt ist emotional für die Bürger/innen mehr Behörde, als politisches Zentrum. Es ist mehr mit einer Bezirkshauptmannschaft vergleichbar, als mit einem Gemeindeamt, wie wir es kennen.

Kaum persönliche Ansprache, beim Eintritt muss man Nummern ziehen, das Amt hat hunderte Beschäftigte. Dem sozialen Zusammenhalt in der Gemeinde und damit auch dem freiwilligen Engagement der Menschen hat

dies keineswegs gut getan. So verfügten die Vorgänger-Gemeinden allesamt über freiwillige Feuerwehren. In den Jahrzehnten seit der Zusammenlegung, ist dieses System völlig zusammengebrochen. Nun muss die Gemeinde die Leistungen der Feuerwehr von privaten Anbietern zu hohen Kosten erledigen lassen. Auch zu Lasten der Geschwindigkeit, in der Einsatzkräfte im Notfall vor Ort sein können.

Kosteneinsparungen sind nicht nachweisbar

Folgerichtig sind Kosteneinsparungen derzeit im dänischen System auch nicht nachweisbar, gesteht der Experte des dänischen Gemeindebundes, Peter Fjerring ebenso offen ein, wie sein Kollege aus Høje-Taastrup. Erst im kommenden Jahr soll eine Evaluierung

gemacht werden, welche positiven und negativen Folgen die Gemeindereform hatte. Zieht man allerdings die reinen Verwaltungs- und Personalkosten heran, dann schneidet Dänemark in jedem Fall schlechter ab als Österreich.

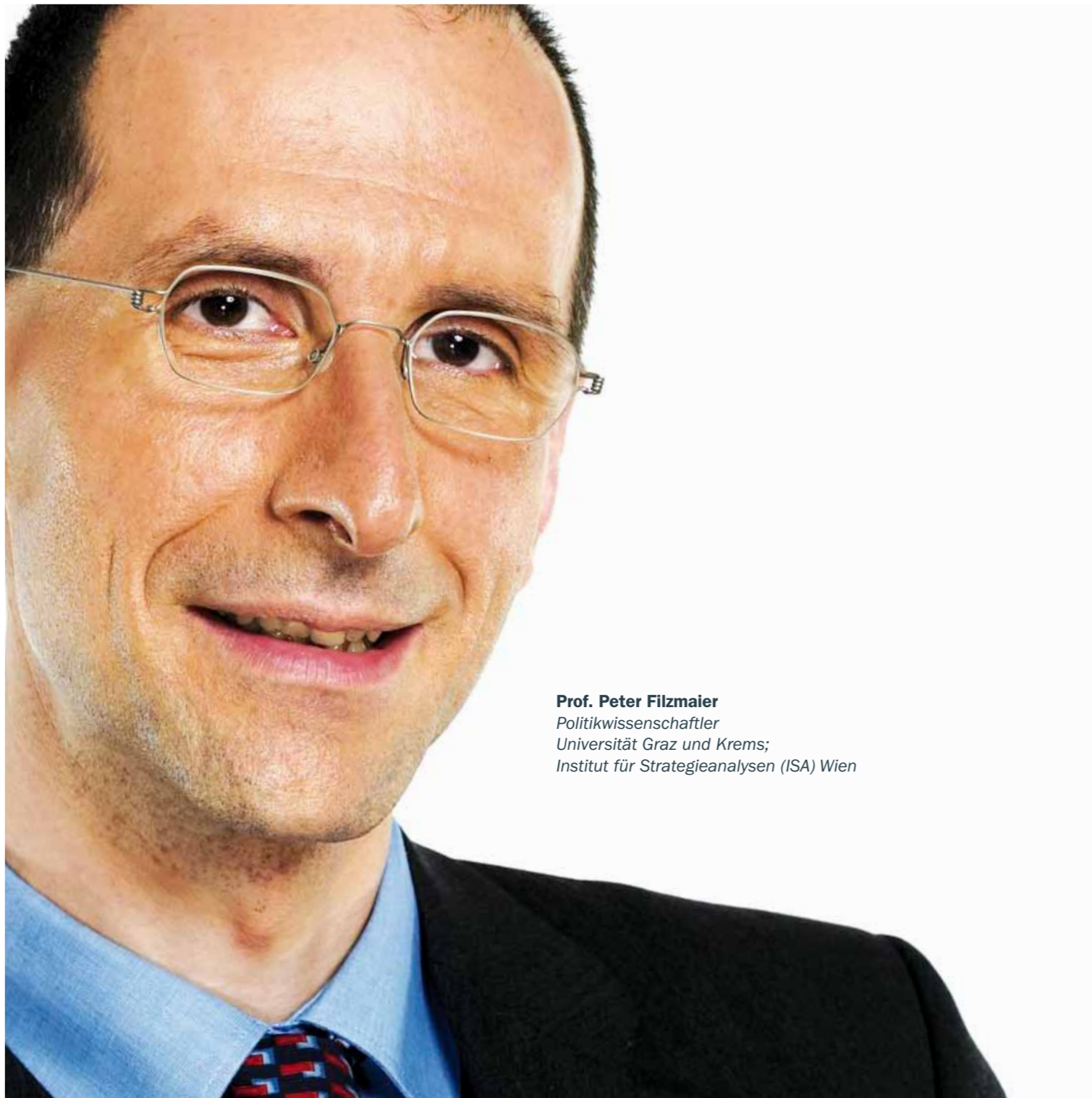
Nach eingehender Befassung mit den vorliegenden Zahlen und unter Einbeziehung der Erfahrungen der Bildungsreise nach Dänemark lässt sich zusammenfassen:

- Dänemark und/oder die skandinavischen Staaten eignen sich nur bedingt als Vorbild hinsichtlich der Gemeindestrukturen
- Die Zusammenlegung von Gemeinden führt nicht zwingend zu Einsparungen. Auch und vor allem in Dänemark nicht.
- Gemeindefusionen dür-

- fen nie Selbstzweck sein, sondern müssen immer mit einem klar definierten und realistischen Ziel verbunden sein
- In größeren Einheiten steigt die Wahrscheinlichkeit größerer Personalstände. Dies ist auch jetzt schon in Österreich bei den größeren Städten zu beobachten.
- Kleinere Einheiten arbeiten oft deutlich effizienter, als große.
- Freiwilliges Engagement sinkt in größeren Einheiten signifikant
- Fusionen können und sollen nie ohne Einbindung der Bevölkerung stattfinden

Dänischer Finanzausgleich

Gemeinden 49 %, Zentralstaat 29% und Regionen 22% aller Steuereinnahmen.



Prof. Peter Filzmaier
Politikwissenschaftler
Universität Graz und Krems;
Institut für Strategieanalysen (ISA) Wien

POLITIK **ALS MISSION IMPOSSIBLE?**

Man muss in Zeiten wie diesen ein sehr charakterstarker Mensch sein, um der Versuchung zu widerstehen, das Thema der Kommunalen Sommergespräche 2012 „Gestaltungsspielräume bzw. Politik in Zeiten knapper Budgets“ nicht zu ironisieren. Schließlich gibt es in Kärnten offenbar genug Geld, um für ein paar Seiten Gutachten ursprünglich 12 Millionen und nach einem obskuren Patriotenrabatt sechs Millionen Euro Honorar zu bezahlen. Für die Selbstdarstellung sind offenbar in mehreren Bundesländern ausreichend Finanzmittel vorhanden, wobei die Inserate und Broschüren der öffentlichen Hand auffallend graphische Ähnlichkeiten mit Parteiwerbungen aufweisen. Auch kreative Geldbeschaffung scheint es zu geben: Ein EU-Parlamentarier hat auf Video vorgezeigt, wie man

mutmaßlich für 100.000 Euro ein Gesetz abändern könnte.

Billiges Politik-Bashing ist dennoch nicht angebracht, vielmehr gilt es, einmal ganz sachlich über die zentrale Bedeutung von Politik und Demokratie zu sprechen. Was ist Politik? Nach einer Grunddefinition geht es darum, allgemeinverbindliche Entscheidungen zu treffen, um das Zusammenleben von Menschen zu regeln. Problematisch wird es allerdings, wenn sich nur jeder Zehnte für Politik interessiert. Das bedeutet, dass sich 90 Prozent um das, was unser Gemeinwesen regelt, nicht kümmern, obwohl 100 Prozent der Bevölkerung davon betroffen sind. Hier liegt das demokratiepolitische Problem nicht allein bei den Politikern, sondern genauso ist die Ignoranz der Bürger manchmal erschütternd groß.

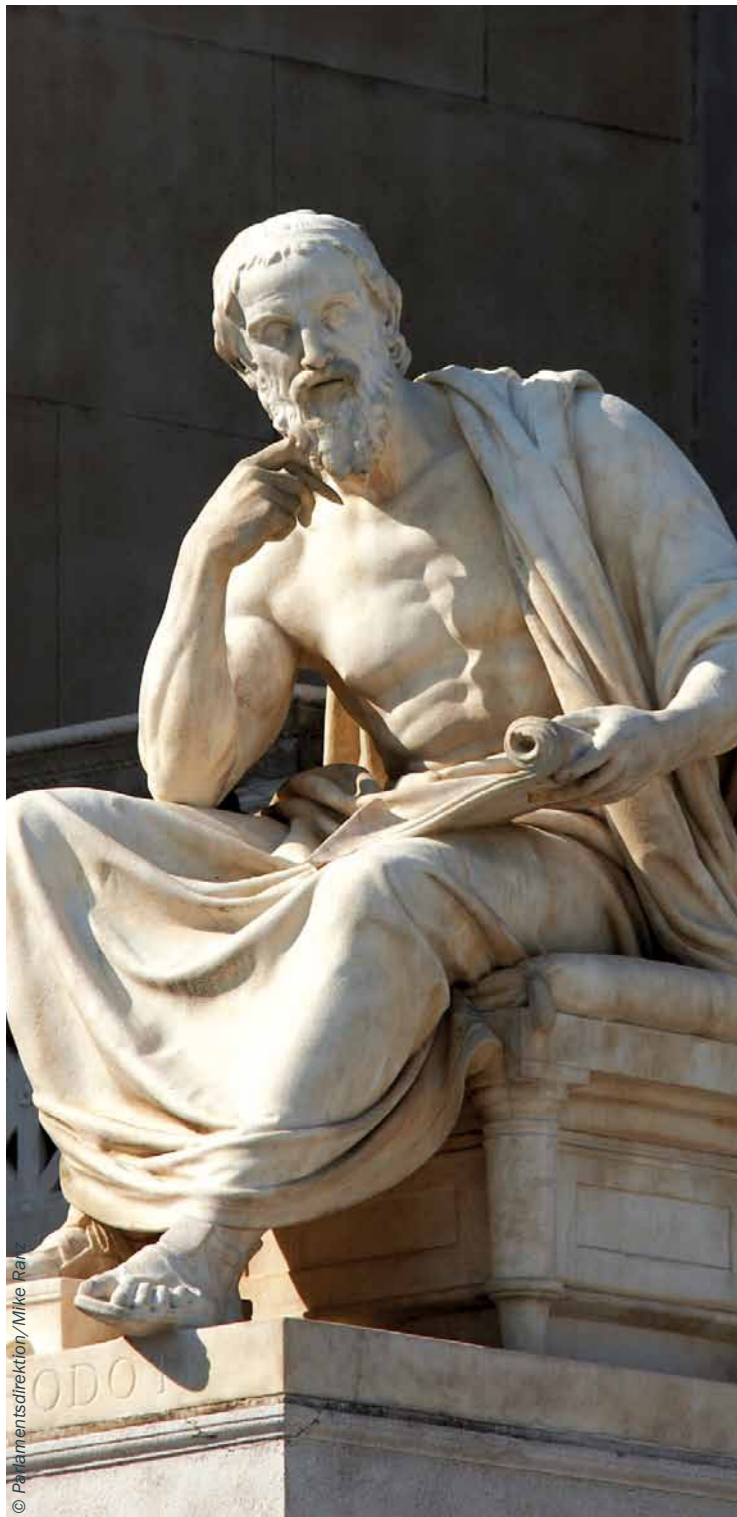
Demokratiequalität und politische Mitsprache

Was ist Demokratie? Darunter verstehen wir bei vordergründiger Betrachtung einen Katalog von Grund- und Menschenrechten sowie allgemeine, gleiche, freie und geheime Wahlen. Doch ab welchem Alter soll „selbstverständlich“ gewählt werden? Soll das Wahlrecht an die Staatsbürgerschaft gekoppelt sein? Oder soll wählen dürfen, wer Steuerzahler ist? Wie steht es um das Wahlgeheimnis, wenn der Staat dieses bei einer Briefwahl weit weniger garantieren kann als in der Wahlkabine?

Unsere Politik hat jedoch auch mit der Schwierigkeit zu kämpfen, dass ein demokratisches Verständnis nicht in allen Gesellschaftsbereichen als Mitspracherecht zu verstehen

ist. Ist es demokratisch, wenn in der Familie alle sagen dürfen, wo sie auf Urlaub hinfahren wollen, dann aber der Papa zugunsten seiner Wunschdestination entscheidet? Oder, wenn das Familienoberhaupt alle ihr Wunschauto nennen lässt, allerdings vorausgesetzt es ist sein Lieblingsfabrikat?

Umgekehrt ist die Demokratiequalität nicht automatisch höher, je mehr Menschen mitreden. Ist Österreichs Demokratie um 20 und mehr Prozentpunkte besser einzustufen als jene der USA, nur weil es bei Wahlen eine entsprechend höhere Beteiligung gibt? Immerhin kann eine hohe subjektive Zufriedenheit der Bevölkerung die Wahlbeteiligung sogar senken. Da ist das Gefühl, es käme auf die eigene Stimme an, geringer. Umgekehrt kann die Motivation



POLITIK ALS MISSION IMPOSSIBLE?

zum Wählen in extremen Konflikt- und Krisensituationen, bei denen Parteien unterschiedliche Positionen zeigen, steigen.

Politische Beteiligung muss jedoch verstanden werden als reale Chance, den Output von Politik beeinflussen zu können. Die Politik muss sich jedoch die Frage stellen: Ist diese Chance groß genug? Wird sie von der wählenden Bevölkerung als wichtig empfunden? Auf Gemeindeebene ist diese Frage eher mit ja, auf höherer Ebene bis hin zur EU eher mit nein zu beantworten. Warum?

Hier spielt die politische Kommunikation eine zentrale Rolle. Politik wäre wertlos, würde sie in komplexen Mediengesellschaften nicht vermittelt werden. Politiker und Parteien beschränken sich allerdings zu oft nur auf einen

kleinen Teil der politischen Kommunikation, nämlich die überredende Kommunikation, um etwas durchzusetzen. Dabei heißt politische Kommunikation auch Informationsvermittlung, Partizipation und politische Bildung. All das wird zugunsten von Wahlkämpfen & Co vernachlässigt.

„Ein Politiker sollte kein Massenmörder sein“

Wie sollen aber Politiker etwas erfolgreich vermitteln, wenn sich der Durchschnittsdeutsche – und wohl ebenso der Durchschnittsösterreicher – nur insgesamt 20 Minuten pro Woche mit Politik beschäftigt? Da leidet auch das Bekenntnis zur Demokratie: Der Prozentsatz derer, die deklarierte Antidemokraten sind, ist zum Glück relativ klein. Wobei Zahlen von bis zu fünf Prozent nur scheinbar

harmlos klingen, sind das doch als Anteil der österreichischen Wahlberechtigten über 300.000 Demokratieverweigerer. Wirklich besorgniserregend sind freilich die vielen latent Demokratiezufriedenen, nämlich über 25 Prozent und ein paar Millionen.

Fragt man sie im Rahmen von Fokusgruppen konkret, was ihnen in der Politik nicht passt, braucht es einen guten Moderator, um ihren Redefluss zu stoppen und das Jammern auf sehr hohem Niveau zu unterbrechen. Lautet die Frage hingegen, wie sich die Gruppenteilnehmer ihre Politiker wünschen, herrscht Schweigen im Walde. Es fehlt die Kompetenz, hier konstruktiv eine Wunschvorstellung zu formulieren.

Kommen schließlich doch Antworten, handelt es sich

überwiegend um Negativdefinitionen mit Ausschlusskriterien wie „Naja, ein Politiker sollte nicht korrupt sein.“ Quasi kein Massenmörder also. Es braucht weiteres Nachfragen, um zu folgenden und etwas greifbareren Aussagen zu gelangen: „Ein Politiker sollte über Unabhängigkeit, Bürgernähe, Expertentum und Sachkenntnis, Charisma und Entscheidungsstärke, Berechenbarkeit, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit verfügen.“ Aha. Das klingt gut. Und wo gibt es diesen Wunderwuzzi?

Zudem widersprechen sich diese Eigenschaften teilweise. Wer unabhängig ist, muss nicht berechenbar sein. Eine Parteilinie widerspricht bei deren sklavischer Befolgung dem in der Verfassung garantierten freien Mandat von Volksvertretern. In sinnvoller Form garantiert sie jedoch auch,



© Gina Sanders - Fotolia.com

POLITIK ALS MISSION IMPOSSIBLE?

dass Abgeordnete berechenbar bleiben. Ein FPÖ- oder Grünwähler weiß, was er von seinen Gewählten zu erwarten hat. Bürgernähe kann als Vorschlag der Piraten bedeuten, dass vor Abgabe der eigenen Stimme im Parlament die Wähler nach deren Mehrheitsmeinung gefragt werden. Doch trifft man dann ja keinerlei eigene Entscheidungen mehr, und handelt irgendwann sehr uncharismatisch wider die private Überzeugung. Kompetenz kann bei der aktuellen Ressortverteilung niemand haben, wenn der Verteidigungs- und Sportminister alles über Panzer bis Tischtennis wissen müsste, der Wirtschafts- und Jugendminister über Eurokrise bis Emos, die Unterrichts- und Kulturministerin über Staatsoper bis Algebra usw.

Apropos Kompetenz. Objektiv benötigt ein Politiker natürlich

trotzdem Fachkompetenz, sowie Organisations- und Kommunikationskompetenz. Subjektiv sieht der Volksmund das ganz anders, etwa so: „Ein Tiroler Landeshauptmann muss wie der Wallnöfer sein.“ Also eine Art Wiedergeburt Andreas Hofers, im polternden Freiheitskampf gegen Wien, weil es schließlich längst keine französischen Truppen mehr in Innsbruck als Gegner gibt. Was zeigt uns das? Im Wahlzusammenhang ist das objektive Qualifikationsprofil eines Politikers egal, da zählt nur das subjektive Qualifikationsprofil. Dieses wird häufig auf die nachfolgenden Politiker übertragen – zu deren Unglück wie bei Alois Partl nach Wallnöfer oder als Glück: Josef Pröll bekam zum Beispiel bei der Nationalratswahl 2008 in Niederösterreich überraschend viele Vorzugsstimmen. In diesem

Bundesland ist man schließlich gewohnt, „den Pröll“ zu wählen – egal welchen.

Klassische Politfunktionäre sind out

Ein solches Votum hat freilich auch mit Vertrauen zu tun. Um das ist es mittlerweile nicht mehr sonderlich gut bestellt in der Politik. Umfragen zufolge vertrauen die Österreicherinnen und Österreicher am ehesten Feuerwehrleuten und Krankenschwestern. Nur sechs Prozent vertrauen Politikern. Auf den Plätzen dahinter rangieren gerade noch Zuhälter und Waffenhändler. Dieser Vertrauensverlust hat viele Gründe, einer ist wohl, dass sich das Bild des klassischen Politfunktionärs mit dem Charme der 1970er Jahre heute nicht mehr bewährt. Dieser Typus Politiker sagt zwar tolle Dinge,

sieht aber immer gleich aus. In der Regel sind es Männer gleichen Alters, der gleichen Gewichtsklasse, vom gleichen Rhetoriktrainer geschult und vom gleichen Anzugschneider eingekleidet. Das findet niemand mehr aufregend, inspirierend oder gar vorbildhaft.

Warum, um Himmels Willen, ergreifen dann immer noch Menschen den Beruf des Politikers? Wie bei jedem anderen Beruf auch, müsste es den meisten Mächtigen Politikern um ehrlichen Idealismus, soziale Anerkennung und Geld gehen. Im Vergleich zur Wirtschaft sind Politiker jedoch chronisch unterbezahlt, während die Bevölkerung in jedem Fall findet, dass es immer zu viel ist. Selbst wenn die Politikergehälter heute auf einen Schlag halbiert würden, hieße es morgen wieder „Es



© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

POLITIK ALS MISSION IMPOSSIBLE?

ist zu viel!“ Das Sozialprestige ist so gering, dass es schon viel Idealismus braucht, um das auszugleichen. Oft wollen deshalb nur noch Parteilosoldaten oder zweifelhafte Glücksritter Politiker werden.

Resümee

Rekapitulieren wir: Wir haben Politik eingangs als etwas definiert, das das menschliche Zusammenleben durch allgemeinverbindliche Entscheidungen regelt. Demnach muss Politiker einer der wichtigsten Berufe überhaupt sein. Dafür sollte der Politiker

auch entsprechend bezahlt werden und nicht den Auswüchsen von billigem Revolverblattjournalismus ausgesetzt sein. Letzteres trifft insbesondere Politik-Quereinsteiger aus der Wirtschaft. Sie sind gewohnt zu entscheiden. Kommen sie in eine Koalitionsregierung, wird es schwierig mit dem Entscheiden. Diese Quereinsteiger bleiben dann entweder nicht lange dabei oder sie können sich nicht durchsetzen.

Schade eigentlich, denn es gäbe so viele Möglichkeiten, in der österreichischen Politik

etwas zum Besseren zu wenden! Ein erster Schritt wäre ein Umdenken innerhalb der traditionellen Parteien. Der aktuelle Boom der „irgendwie anders seienden Gruppen“ – Stichwort Piraten – ist erfrischend, löst aber die bestehenden Probleme nicht. Bloß anders zu sein, genügt nicht.

Wir sollten uns auch Gedanken machen über systemische Änderungen in Österreich. Es wäre angebracht, das Wahlrecht zu reformieren und das Proporzsystem abzuschaffen. Österreich könnte mehr Persönlichkeitselemen-

te wie in Deutschland bzw. mehrheitsfördernde Elemente vertragen. Eine Stärkung der Direktdemokratie und eine Föderalismusdebatte ohne Tabu mit klarer Kompetenz-zuteilung an Bund, Länder oder Gemeinden wären mehr als wünschenswert.

Die Lösung muss freilich nicht mehr Zentralisierung bedeuten. Es könnte bei dieser Debatte auch herauskommen, dass die Gemeinden mehr Kompetenzen erhalten. Das wäre gar kein so schlechter Ansatz und jedenfalls ein erster, erfreulicher Tabubruch.



Erwin Mohr, Bgm.a.D.
Präsidiumsmitglied
Ausschuss der Regionen

WAS GEHT DIE GEMEINDEN EIGENTLICH EUROPA AN?

Ich habe Mitte der 90er Jahre gegen einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union gestimmt. Als Bürgermeister und als Privatperson. Heute vertrete ich – gemeinsam mit anderen Kollegen – die Interessen der Gemeinden auf europäischer Ebene.

Auf den ersten Blick klingt das wie ein Paradoxon. Für mich ist das freilich eine große persönliche Entwicklung und eine gut begründbare Wandlung vom „Saulus zum Paulus“ in der Einschätzung der Notwendigkeit der europäischen Integration gewesen.

Warum war ich ursprünglich gegen einen Beitritt? Ich war sehr skeptisch, weil ich eine Nivellierung der hohen österreichischen Standards in vielen Bereichen auf ein (damals) niedrigeres europäisches

Niveau befürchtet habe. Mir wäre ein Verbleib Österreichs im Verbund der EFTA, einer reinen Wirtschaftsorganisation, weit sympathischer gewesen.

Ich habe meine Meinung geändert. Nicht von heute auf morgen, sondern in einer Entwicklung, die sich über mehrere Jahre erstreckt hat und darauf beruht, dass ich Schritt für Schritt in die europäischen Materien eingearbeitet habe. Das war in meinen letzten Jahren als Bürgermeister von Wolfurt schlicht eine Notwendigkeit und hat sich fortgesetzt bis in die Funktion, die ich seit 2008 für die Gemeinden auf europäischer Ebene ausüben darf. An meinem kritischen Blick auf manche Vorgänge in Europa hat das nichts geändert, ein Befürworter Europas zu sein heißt nicht,

alles und jedes widerspruchsfrei und kritiklos hinzunehmen.

Warum ist die europäische Idee wichtig?

Österreich liegt inmitten des europäischen Kontinents mit derzeit 48 anerkannten Nationalstaaten vom Atlantik bis zum Ural. 47 dieser Staaten sind im Europarat, einer Einrichtung vergleichbar mit den Vereinten Nationen, vertreten, nur Weissrussland nicht. 800 Millionen Menschen leben in diesen Staaten, der Europarat versucht für sie die Grundlagen für Friedenssicherung, Menschenrechte, Demokratie, Religionsfreiheit und lokaler Selbstverwaltung zu sichern. Das erscheint uns als Selbstverständlichkeit, man muss aber nicht lange zurückblicken, um zu wissen, dass diese Grundrechte vor

nicht allzu langer Zeit nicht in allen Staaten Standard waren.

Anders als im Europarat sind in der Europäischen Union nur 27 Mitgliedsstaaten (demnächst mit Kroatien 28) mit nur rund 500 Millionen Einwohnern zusammen geschlossen. Die EU war eine Weiterentwicklung des europäischen Wirtschaftsraumes und hatte zum Ziel, die Menschen in Europa näher zusammen zu bringen, die Grenzen abzubauen und eine Einheit zu werden, ohne die reiche kulturelle Vielfalt zu gefährden. Vieles davon ist gelungen. Denken wir nur an den Eisernen Vorhang, der unseren Kontinent in zwei feindliche Blöcke trennte. Heute merken wir die Grenzen, an denen vor 25 Jahren noch Menschen erschossen wurden, an denen man früher stundenlang wartete, kaum mehr. Wir sind



WAS GEHT DIE GEMEINDEN EIGENTLICH EUROPA AN?

friedlich zusammen gewachsen, wir schließen Partnerschaften und Freundschaften über Staatsgrenzen hinweg, wir kooperieren länderübergreifend und zum gemeinsamen Wohl.

Unsere Jugend arbeitet und studiert in ganz Europa, unsere Unternehmen haben Niederlassungen in vielen Ländern jenseits unserer nationalen Grenzen und können prosperieren. Auch unser Tourismus erlebte Dank dem Wegfall der Grenzen einen enormen Boom, viele weitere Vorteile wären hier noch anzuführen.

Viele wollen den Euro untergehen sehen

Auch die Einführung des Euro als Zahlungsmittel war ein wichtiger Schritt, obwohl er heute von manchen in

Frage gestellt wird und die größte Krise seit seiner Schaffung durchmacht. Er ist unbestritten nach dem Dollar die zweitstärkste Währung der Welt und viele sähen ihn gerne untergehen.

Ich bin überzeugt davon, dass er auf Dauer Bestand haben wird und hoffentlich nicht zu stark wird. Ein Kern-Euro, wie verschiedentlich gefordert, wäre zwar stark, würde aber unsere Export- und Tourismuswirtschaft enorm belasten und damit Arbeitsplätze kosten. Die Schweiz ist dazu aktuell ein warnendes Beispiel, die Schweizer Nationalbank musste 350 Milliarden Schweizer Franken in Form von Devisen ankaufen, um die eigene Währung künstlich niedrig zu halten. Andernfalls hätte der Wirtschaftsstandort Schweiz schweren Schaden erlitten.

Europa in der weltweiten Champions-League?

Über viele Jahre hinweg war Europa nach den USA die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Mit erfreulichen Auswirkungen auf Wachstum und Wohlstand. In jüngster Vergangenheit verschiebt sich allerdings das Gefüge in Richtung Osten und Süden unseres Planeten. Riesige aufstrebende und bevölkerungsstarke Länder wie China, Indien, Brasilien, Südafrika oder auch Russland schieben sich nach vorne. Nach seriösen Prognosen werden 90 Prozent des weltweiten Wirtschaftswachstums in diesem Jahrzehnt außerhalb Europas stattfinden. Das stellt für die EU eine besondere Herausforderung dar, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Qualitatives, so genannte „intelligentes Wachstum“

mit innovativen Produkten muss hier die Antwort sein.

Österreich kann hier einen wichtigen Beitrag leisten, sind doch unsere Unternehmen vielfach Weltmarktführer mit hervorragenden Nischenprodukten. Wir werden aber nur erfolgreich sein, wenn wir auf den Weltmärkten als Europäer auftreten. Als Österreicher allein würden wir wohl eher in der Regionalliga spielen.

„Vergiss Europa, die Zukunft liegt in Asien“

Kürzlich hatte ich ein eindruckliches Erlebnis bei Gesprächen mit australischen Regionalpolitikern in Melbourne. Als ich fragte, wie sie Europa und die EU sehen, bekam ich eine Antwort, die mich betroffen machte: „Vergiss Europa, das ist ein alter Kontinent mit einer

alten Bevölkerung, mit vielen Nationalstaaten und noch mehr Problemen. Die Zukunft liegt in Asien, dort lebt mehr als ein Drittel der Erdbevölkerung.“ Klare Worte und ein deutlicher Hinweis darauf, wie die europäische Rolle außerhalb des Kontinents bewertet wird. Und: Europa ist in der Krise, das sehen nicht nur wir Europäer selbst so, die Außenwahrnehmung ist da sogar schon erheblich deutlicher.

Ich sehe in der derzeitigen Krise aber auch die größte Chance für Europa. Die Antwort auf die aktuellen Probleme ist nicht der Rückzug und die Reduktion der europäischen Idee. Die Antwort ist: Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger. Und vor allem ein einiges Europa, kein zerstrittenes. Jetzt müssen wir entscheidende Schritte vorwärts gehen,

damit wir international am Ball bleiben. Dann werden wir auch in Zukunft im Konzert der Großen mitspielen und unseren Wohlstand halten können!

Warum Europa die Gemeinden braucht. Und die Gemeinden Europa brauchen

Was der EU bisher nicht gelungen ist, wird immer deutlicher: Europa darf kein Projekt der Eliten, Wirtschaftskapitäne und Finanzmärkte, darf kein technokratisches Gebilde der Richtlinien und Normen sein. Europa muss in den Köpfen und Herzen der Menschen verankert sein, sie müssen überzeugt werden vom Mehrwert des gemeinsamen Größeren! Und sie müssen Europa verstehen, mit gesundem normalem Hausverstand. Deshalb sind immer mehr hohe EU-Repräsentanten überzeugt davon, dass es nur



WAS GEHT DIE GEMEINDEN EIGENTLICH EUROPA AN?

den Regionen und Gemeinden gelingen kann, Europa näher zu den Bürgerinnen und Bürgern zu bringen. In den Regionen und Gemeinden wurden in den vergangenen Jahren tausende Projekte mit europäischen Geldern realisiert. Beispiele wie das Burgenland, das sich mit Hilfe von Regionalprogrammen absolut positiv entwickeln konnte, können zu besserem Verständnis beitragen.

Gemeindeverantwortliche, die sich über die EU im Rahmen der EU-Gemeinderäte-Initiative informieren (inzwischen über 450) oder Kommunen, die EU-Gemeindepartnerschaften pflegen, sind Vorbilder. Neue EU-Informationsprogramme wie etwa ERASMUS für Gemein-demandatäre sind weitere

Bausteine. Die Aufwertung des Ausschusses der Regionen, in dem auch viele Kommunalvertreter sind, durch den neuen EU-Vertrag sind ein entscheidender Schritt auf diesem Weg. Wer weiß besser als wir Kommunalpolitiker, was die Menschen bewegt? Also ist es gut, wenn in Zukunft unsere Meinung deutlicher gehört und berücksichtigt wird.

Nationalstaaten werden Kompetenzen nach oben und unten abgeben

Zum Ende dieses Jahrhunderts wird es politisch nur noch einerseits die EU als Rahmengesetzgeber und Vertreterin unserer Interessen nach Außen und andererseits die Regionen und

Kommunen als Organisator und Dienstleister unserer Daseinsvorsorge geben. Die nationale Ebene wird Kompetenzen nach unten und oben abgeben. Der renommierte Universitätsprofessor Karl Weber aus Innsbruck hat diese These erst kürzlich aufgestellt. Ich glaube an diese These, weil sie auch einen wichtigen grundsätzlichen Gedanken beinhaltet: Manche Dinge können und müssen wir auf europäischer Ebene lösen, den direkten Bezug zu den Menschen und ihren alltäglichen Problemen haben aber nur die Gemeinden. Zur Erledigung dieser Aufgaben – und auch das ist eine nötige Grundvoraussetzung – bedarf es der Ausstattung mit den nötigen Finanzmitteln. Es

kann und darf nicht sein, dass übergeordnete Gesetzgeber Dinge beschließen, ohne an die daraus entstehenden Kosten zu denken, die andere Ebenen zu tragen haben.

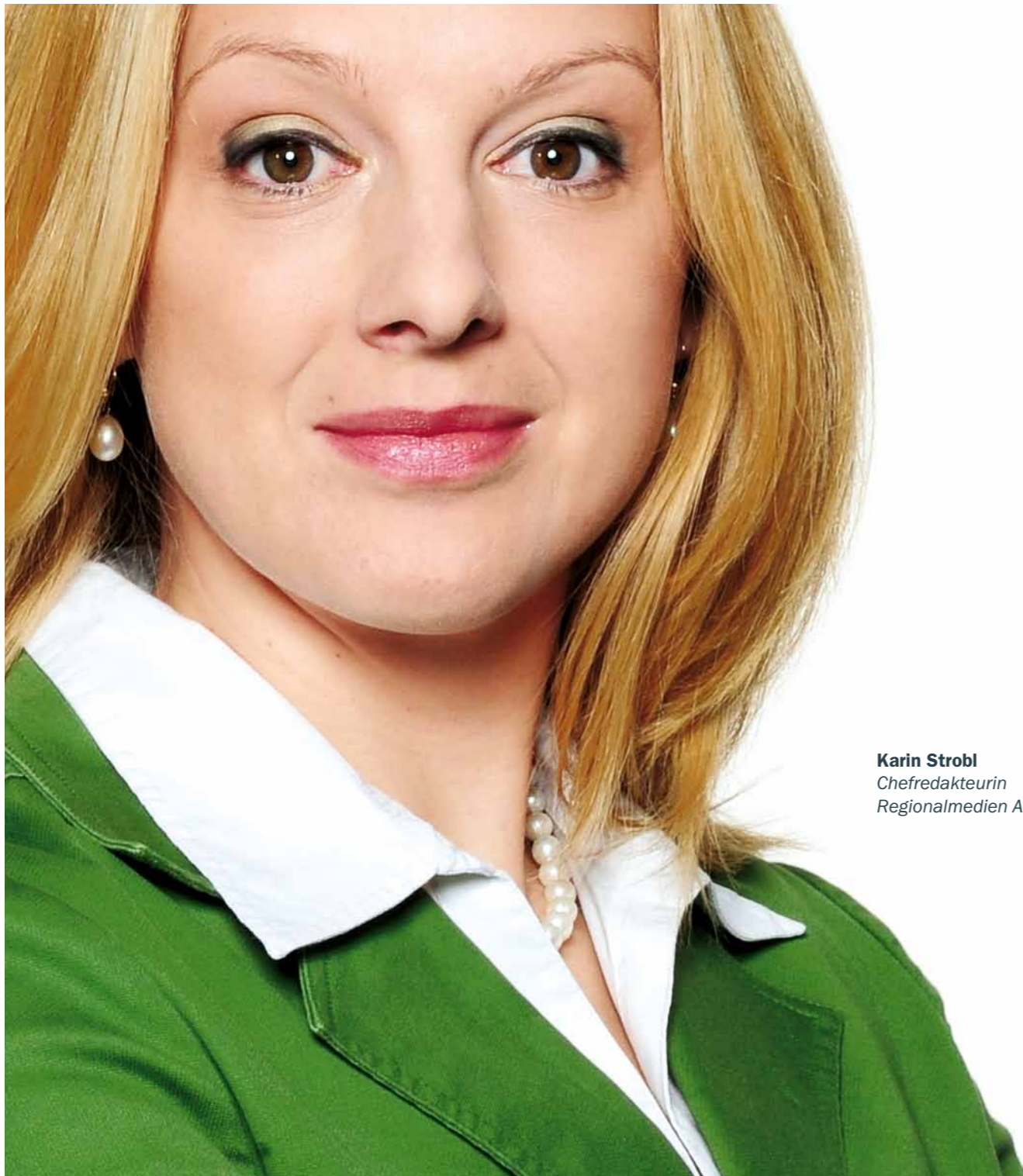
Der Europäische Traum

Ausgerechnet der bekannte amerikanisch Autor Jeremy Rifkin beschreibt in seinem Buch „Der europäische Traum - Die Vision einer leisen Supermacht“ die Unterschiede des europäischen Traumes gegenüber dem „Amerikanischen Traum“. Die Amerikaner haben als Metapher für ihren Traum den Tellerwäscher, der sich zum Millionär hinaufarbeitet. Die Mentalität, dass jeder alles erreichen kann, wenn er sich nur genug anstrengt,

ist Kern des american way of life. Wer es nicht schafft, ist selber schuld, war zu wenig fleißig, zu wenig hart, zu wenig clever. Wer schwach, krank, unfähig ist, bleibt eben zurück. Ohne Sozialsystem, ohne Gesundheitsversorgung. Selber schuld.

Die Gegenthese, und das ist für mich auch eine Frage der Kultur und der Gerechtigkeit, ist die solidarische europäische Gesellschaftsform, die wir in unseren Gemeinden, Bundesländern, Nationalstaaten und eben auch der EU leben. Eine Gesellschaft die auch Rücksicht auf die Schwächeren nimmt, auch wenn das manchmal teuer ist. Eine soziale Marktwirtschaft mit Umverteilungseffekten und

ein ausgeprägtes Sozial- und Gesundheitssystem für alle. Dies ist – ausgerechnet für einen US-Bestseller-Autor wie Rifkin – beispielgebend. Der europäische Traum könnte, so schreibt er, ein Modell für alle Menschen sein, besser als das amerikanische, chinesische, indische oder irgend ein anderes bekanntes Gesellschaftsmodell. Allerdings stellt er angesichts der enormen Staatsverschuldungen in Europa auch die Frage, ob ein absolutes „Vollkasko-Modell“ finanzierbar ist. An der Feinjustierung dieses Systems werden wir sicher arbeiten müssen, aber es lohnt sich auf jeden Fall, diesen Traum nicht aufzugeben. Nicht nur, weil ein Amerikaner uns dies nahe legt!



Karin Strobl
Chefredakteurin
Regionalmedien Austria

Haben Sie gewusst, dass es in Österreich mehr als 200 regionale Zeitungen gibt, die Woche für Woche acht Millionen Stück ihrer Publikationen teils frei Haus in die Wohnzimmer der Österreicherinnen und Österreicher liefern? Diese Zahlen rufen immer wieder Staunen hervor, schlagen sich regionale Zeitungen und Zeitschriften doch gewöhnlich weit unter ihrem Wert. Warum? Die Antwort ist banal: Weil sie überwiegend gratis sind und die weitverbreitete Meinung lautet: Was nichts kostet, kann ja auch nichts wert sein. Welch ein Irrtum!

Denn der Wert, den regionale Zeitungen in Österreich haben, ist unschätzbar. Sie liefern authentische Nachrichten aus der Nachbarschaft, geben Einblick in die Geschehnisse, die den Bezirk bewegen, und

schaffen innerhalb der Region ein Gefühl von Gemeinschaft. Um das alles nachzuvollziehen und zu zeigen, dass regionale Berichterstattung bei den Menschen auch tatsächlich ankommt, stellen wir Ihnen die Regionalmedien Austria (RMA*) kurz vor:

Jeder zweite Österreicher liest wöchentlich eine unserer Zeitungen. In vielen Gebieten sind die Titel der Regionalmedien Austria die wichtigste Informationsquelle für Nachrichten aus der Region und erfüllen somit eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Unsere Leserinnen und Leser bezahlen uns mit Zeit und Aufmerksamkeit, nicht mit Geld.

Die Regionalmedien Austria produzieren wöchentlich in allen Bezirken Österreichs Zeitungen mit regionalem

REGIONALMEDIEN DIE KRAFT AM LANDE

Inhalt. 130 verschiedene Titel gehen gratis an nahezu alle Haushalte. Mehr als 3,9 Millionen Leserinnen und Leser greifen wöchentlich zu einer dieser Ausgaben*. Damit sind die RMA österreichweit die Nummer 1 am Printmarkt und der größte mediale Nahversorger. Mit dieser Verbundenheit sind regionale Medien auch ein unerlässlicher Partner der lokalen Wirtschaft.

Nur regionale Medien können ihren Lesern garantieren, dass die Nachrichten, die sie veröffentlichen, auch von Menschen geschrieben werden, die in der Region verankert sind. Unsere Redakteur/innen sind in den Regionen zu Hause und berichten authentisch aus den Bezirken. Die Nähe zu unseren Lesern stärkt die Identität im Bezirk und macht uns zu medialen Nahversor-

gern. Ergänzend wird auch über bundesland- oder österreichweit relevante Themen berichtet – jedoch immer mit dem Anspruch, die Verbindung in die Regionen zu behalten.

Dass einzelne Bezirkszeitungen oder -blätter ihre Region positiv beeinflussen können, zeigte unlängst die gelungene Kampagne rund um die „Wachauer Schnitte“ in Niederösterreich. Im Oktober 2011 gab die Wiener Traditionsbäckerei Manner bekannt, dass sie die Produktion der Wachauer Schnitte nach 121 Jahren einstellen würde. Grund: Mangelndes Publikumsinteresse, denn westlich von Linz sei die knusprige Visitenkarte der Top-Tourismdestination Niederösterreichs ein „Exot“. Sang- und klanglos verschwand der Schokoriegel aus den Regalen und den Heurigenlokalen der Region.



Uwe Sommersguter
ehemaliger Chefredakteur
Woche Kärnten

REGIONALMEDIEN DIE KRAFT AM LANDE

Auf Facebook wurde auf Initiative der Bezirksblätter eine Gruppe zum Erhalt der süßen Köstlichkeit gegründet. Die Bezirksblätter Niederösterreich widmeten dem Rettungsplan für die Wachauer Schnitte zwei Titelseiten. Unter dem Motto: „So retten wir unsere Wachauer Schnitte“ wurden die Leser gebeten, ihre emotionalsten Erlebnisse mit der bitter-süßen Wachauerin einzusenden. Die Reaktionen waren berührend: Ob als Erinnerung ans erste Rendezvous, als unverzichtbares Dessert beim Heurigen oder als Lebensretterin bei der Bergtour – die Wachauer Schnitte war fest in den Herzen der Niederösterreicher verankert. Berührt durch die Emotionen und die Berichterstattung, wandte sich auch ein Vertreter des Zwettler Lebensmittelgroßhändlers Kastner an die Firma Manner.

Auch dort hatte man die Welle der Liebe zum eingestellten Produkt bereits überrascht verfolgt. Nach mehrmonatigen Verhandlungen war nun fix: Die Wachauer Schnitte kommt zurück. Die Firma Manner lieferte die erste Tranche Anfang März aus. Die Wachauer Firma Kastner hat nämlich den Vertrieb eines gewissen Kontingents zugesichert.

Dieses Beispiel zeigt, dass es in der regionalen Berichterstattung um weitaus mehr geht, als nur zu berichten: Die Redaktion ist durch ihre dezentrale Struktur am Puls der Region und weiß darüber Bescheid, wann und wo der Schuh drückt. Um auf die Reaktionen der Menschen besser einzugehen, haben die Regionalmedien Austria die „Regionauten“ eingeführt. Die sogenannten Leser-Reporter (mittlerweile

mehr als 100.000 registrierte User) können Informationen aus ihrer Heimat online auf unseren Seiten posten. Eine technische Besonderheit: Ausgewiesen werden diese User-generierten Informationen dann nur im jeweiligen Bezirk. Damit öffnen die Regionalmedien dem Bürgerjournalismus das virtuelle Tor – in einer hyperlokalen Form: Jeder Einzelne kann seine Anliegen auf den Online-Portalen der RMA auf Augenhöhe mit den Journalisten formulieren bzw. deponieren, kommentieren und mitreden. Übrigens immer unter vollem Namen, denn Anonymität ist hier nicht gefragt. So entsteht ein permanenter Austausch zwischen den Menschen und den „Blattmachern“ der jeweiligen Region. Kleine und große Sorgen und auch Freuden, die via Internet an die Redaktionen herangetragen

werden, finden so häufig ihren Weg in die gedruckte Zeitung.

Wie die Titel der Regionalmedien Austria zum Nutzen der Regionen beitragen verdeutlichen die Regionalitätspreise, die in mehreren Bundesländern verliehen werden. Die Idee dahinter ist ebenso einfach wie sympathisch: Initiativen, Projekte, Vereine und Betriebe, die besondere Verdienste um das Zusammenleben und die Entwicklung in einer Region erworben haben, werden ausgezeichnet. Und siehe da: Im Abseits des öffentlichen Interesses gedeihen, bisweilen tief verwurzelt, „Pflanzen“, die zwar eine ganze Region stärken, jedoch in den Zenträumen kaum wahrgenommen werden. Mit der Verleihung des Regionalitätspreises werfen die Regionalmedien



REGIONALMEDIEN DIE KRAFT AM LANDE

RMA – Regionalmedien Austria: 2009 von der Styria Media Group AG und der Moser Holding AG gegründet, steht die RMA österreichweit für lokale Nachrichten aus den Regionen. Die RMA vereint unter ihrem Dach insgesamt 140 Zeitungen der Marken bz-Wiener Bezirkszeitung, Bezirksblätter Burgenland, Niederösterreich, Salzburg und Tirol, WOCHEN Kärnten und Steiermark, der Kooperationspartner Bezirksrundschau Oberösterreich und Regionalzeitungen Vorarlberg sowie Grazer, Kärntner Regionalmedien, Brennpunkt Schwaz und Wörgler & Kufsteiner Rundschau. Weiters bieten die Internet-Portale meinbezirk.at, woche.at und grazer.at auch im digitalen Bereich lokale und regionale Inhalte.

* Quelle:
MA 2011 (Erhebungszeitraum 01-12/2011), Nettoreichweite RMA gesamt in Leser pro Ausgabe, Schwankungsbreite +/- 0,8%. Quelle:
MA 2010 (Erhebungszeitraum 01-12/2010), Nettoreichweite RMA gesamt in Leser pro Ausgabe, Schwankungsbreite +/- 0,8%.

RMA gesamt: bz-Wiener Bezirkszeitung; Bezirksblätter BGL, NÖ, SBG, TIR; Woche KTN, STMK; Kooperationspartner: Bezirksrundschau OÖ; Regionalzeitungen VBG; Erscheinungsweise RMA-Medien: wöchentlich/14-täglich; kostenlos.

ganz bewusst ihre kräftig strahlenden medialen Scheinwerfer an und leuchten in alle Ecken und Enden des Landes.

Nun, wird die von Mythen umrankte Zeitungskrise auch die regionalen Wochenzeitungen erfassen? Wir glauben, das Gegenteil passiert: Unsere hyperlokalen Wochenzeitungen, die auf digitalen Plattformen ebenso wie in gedruckter Form für die mediale Nah- und Grundversorgung der Österreicher stehen, werden in Zukunft sogar an Bedeutung gewinnen.

Worauf diese kühne Ansage begründet ist? Während große und über Jahrzehnte hinweg identi-

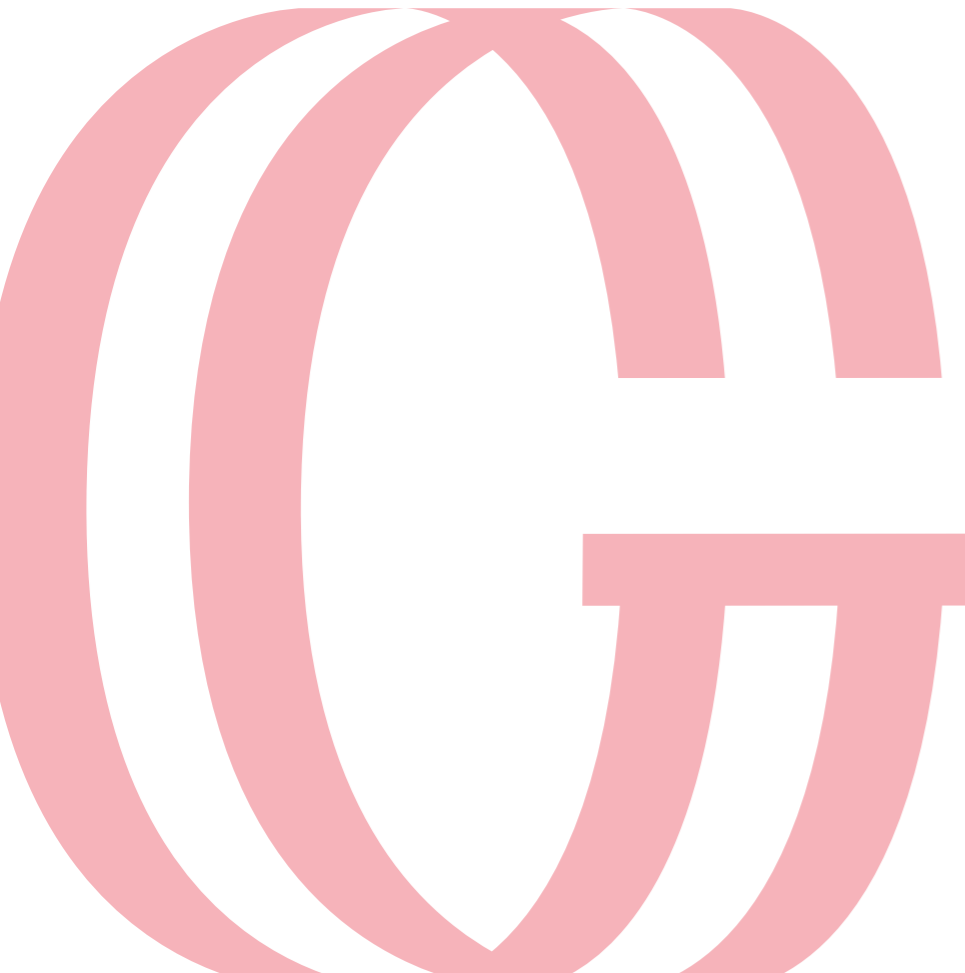
tätsstiftende Massenmedien – etwa staatliche Fernsehsender – beständig an Reichweite verlieren, erfüllen unsere Medien die Rolle eines neuen Dorfbrunnens. Ja, die Regionalmedien sind der mediale Dorfplatz des 21. Jahrhunderts und füllen damit eine entstandene Lücke: Viele von uns werden zwar via Live-Ticker atemlos über jede Wendung der Weltpolitik am Laufenden gehalten, doch über das heimatliche Geschehen direkt vor unseren Haus- oder Wohnungstüren wissen wir häufig kaum (mehr) Bescheid. Eine unerfreuliche Entwicklung.

Eine Zeitung, die im Wochenrhythmus kostenlos an

nahezu alle Haushalte in ganz Österreich versandt wird, über 130 mal (!) auf die Interessen der Menschen in den jeweiligen Lebensräumen heruntergebrochen, schließt diese Informationslücke. Wobei wir über das Leben in der – vermeintlichen – Provinz berichten, ohne provinziell sein zu wollen. Den Blick für das größere Ganze, das diese einzelnen Lebensräume ja umschließt, sichern uns Bundesland-Redaktionen und als nationale Klammer die RMA-Chefredaktion in Wien. Die Formel lautet: Hyperlokale, konsequent an den Menschen ausgerichtete mediale Nahversorgung ja,

isolierendes und egoistisches Kantönl-Denken nein.

Damit sind die Titel der Regionalmedien Austria deutlich mehr als simple Gratiszeitungen: Sie stiften Identität und gleichen das in unserer globalisierten Medienwelt entstandene Ungleichgewicht der Informationsströme aus. Hier die häufig beunruhigenden Nachrichten aus aller Welt, die auf nicht selten überforderte Konsumenten einprasseln; dort der gedruckte oder auch digital zu besuchende Dorfbrunnen, der uns informiert und unterhält, in Erstaunen versetzt oder zum Nachdenken und Tratschen veranlasst. Wir glauben: Gut, dass es ihn gibt.



2011 UND 2012 WAS DER GEMEINDEBUND LEISTET

„Wir schaffen Heimat“ ist nicht nur Teil des Leitbilds des Österreichischen Gemeindebundes sondern auch täglicher Arbeitsauftrag in der Interessensvertretung der heimischen Kommunen. Täglich aktualisierte Informationen über die Detailarbeit des Gemeindebundes finden Sie auf www.gemeindebund.at, auf www.kommunalnet.at oder monatlich in unserem Fachmagazin KOMMUNAL.

Dieser Teil des Zukunftsberichtes bietet Ihnen daher nur einen stark abgespeckten Überblick über die wichtigsten Arbeitsbereiche und Veranstaltungen seit dem letzten Gemeindetag, der im Juni 2011 in Kitzbühel stattgefunden hat. Inhaltlich war dort die demographische Entwicklung das Hauptthema. In zahlreichen Veranstaltungen,

Auftritten und Reden wiesen Gemeindevertreter aus ganz Österreich auf die Folgen dieser Entwicklung hin. Der Gemeindetag war und ist das kommunalpolitische Highlight des Jahres, Bundespräsident, Bundeskanzler, Minister und viele weitere Prominente aus Politik und Wirtschaft waren zu Gast.

Die zentralen Themen von Gastgeber und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer waren die demographischen Veränderungen und deren Auswirkungen auf das Sozialwesen und die Haushalte der Gemeinden, sowie aktuelle Neuerungen rundum Stabilitätspakt und Pflegefonds. Auch zur damals wie heute heftig diskutierten Zusammenlegung von Gemeinden fand Mödlhammer deutliche Worte: Der

Gemeindebund wehre sich nicht gegen Reformen, auch nicht gegen Zusammenlegungen, sofern sie mit Einbindung – also Befragung – der Bevölkerung stattfinden.

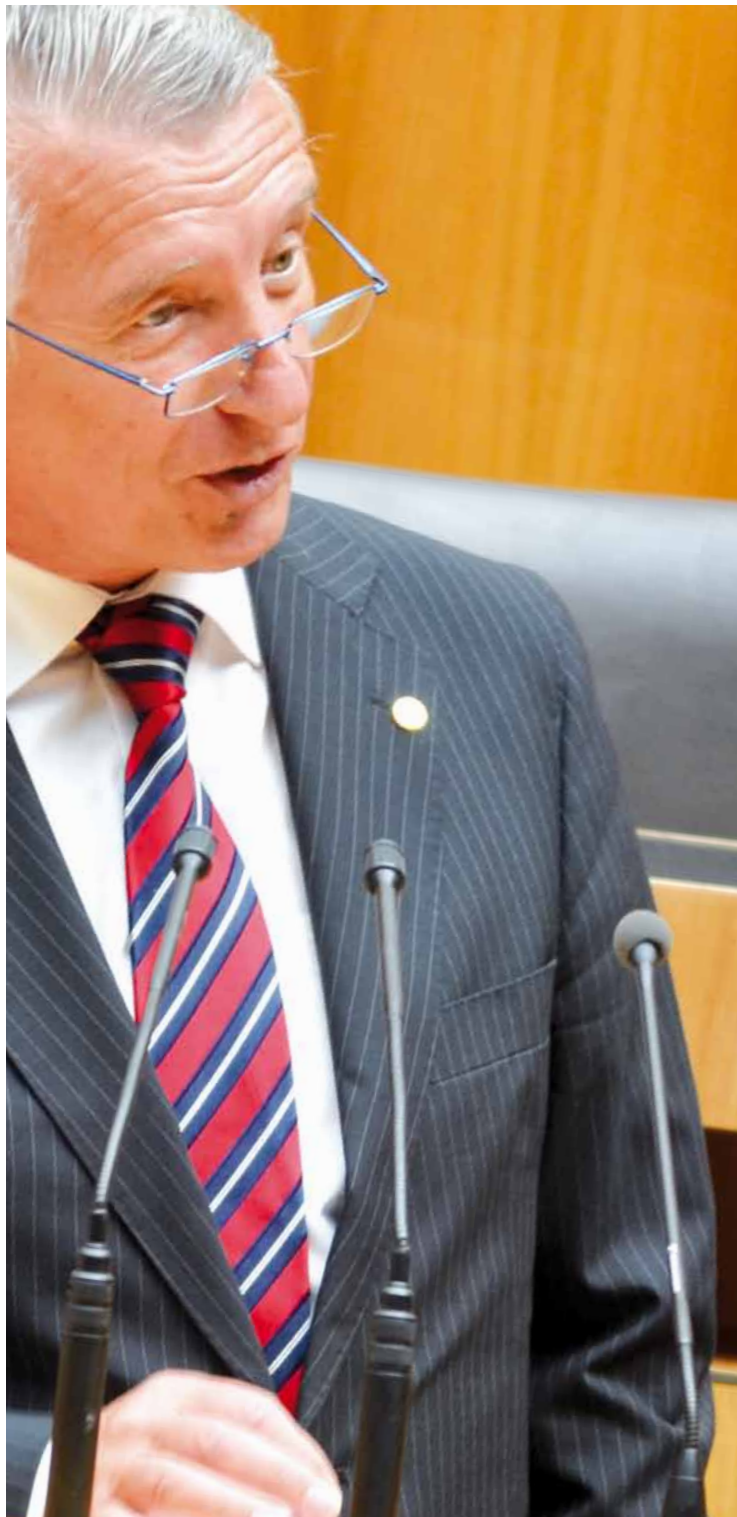
Europäisches Freiwilligenjahr

Einen Kommunikationsschwerpunkt setzte der Österreichische Gemeindebund im Zuge des Europäischen Freiwilligenjahres 2011. Im Bewusstsein, dass der ländliche Raum und seine Lebensqualität ganz besonders vom ehrenamtlichen Engagement seiner Bewohner abhängt, wurde dieses Jahr genutzt um gemeinsam mit dem zuständigen Sozialressort Praxisbeispiele zur Freiwilligenarbeit zu erheben und vor den Vorhang zu bitten. Auch im Rahmen des Projektes *Audit familienfreundliche Gemeinde*

hat der Gemeindebund als Projektkoordinator diesen Schwerpunkt thematisiert.

Symposium der Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft

Die Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft (KWG) griff auf Initiative des Gemeindebundes das Thema Freiwilligenarbeit auch im Rahmen der alljährlichen Tagung am 3. November 2011 auf. Die Teilnehmer befassten sich mit kompetenzrechtlichen Fragen und ökonomischen Impulsen für die Gemeinden ebenso, wie mit der sozialrechtlichen Absicherung und der Haftung von Freiwilligen. Der Tagungsband lag schon am Tag des Symposiums auf und kann beim MANZ-Verlag bezogen werden. Mehr Infos über die KWG sind unter www.k-w-g.at abrufbar.



2011 UND 2012 WAS DER GEMEINDEBUND LEISTET

50 Jahre Gemeindeverfassungsnovelle

Ein Fest für die Gemeinden fand am 26. Juni 2012 im Parlament statt. Der Beschluss der Gemeindeverfassungsnovelle jährte sich zum 50. Mal, gemeinsam mit Parlamentspräsidentin Barbara Prammer luden Gemeinde- und Städtebund zu einem Festakt ein. Gemeindebund-Chef Mödlhammer verlangte in diesem Rahmen eine noch stärkere Verankerung der Gemeinden in der Verfassung, die kommunalen Spitzenverbände müssten in Zukunft auch direkte Vereinbarungen und Verträge mit Bund und Ländern schließen können. Der Festredner Univ.-Prof. Dr. Johannes Pichler zeichnete ein positives Bild der Zukunft der Gemeinden. Am Ende der europäischen Entwicklung werden die Gemeinden als bürgernächste Einheit das Fundament der EU sein.

Pünktlich zu diesem Jubiläum ist eine Publikation erschienen, die der Gemeindebund mit dem Städtebund und dem MANZ-Verlag sowie der Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft, veröffentlicht hat. Unter dem Titel „Offen für eine gemeinsame Zukunft“ und unter der Herausgeberschaft von Prof. Arno Kahl von der Universität Innsbruck wurde ein Sammelband präsentiert, in dem sich zahlreiche Wissenschaftler der Zukunft der Gemeinden widmen.

Kommunale Sommergespräche 2011 und 2012

Im Juli 2011 versuchten Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftsvertreter bei den Kommunalen Sommergesprächen in Bad Aussee, kommunale Zukunftsperspektiven zur Freiwilligentätigkeit zu entwickeln. So standen auch in die-

sem kommunalen Think-Tank Themen wie Ehrenamt und Bürgerengagement im Mittelpunkt.

2012 ging man in den Sommergesprächen der Frage nach der Erhaltung der kommunalen Gestaltungsspielräume nach. Wie weit die Grenzen der öffentlichen Hand heute noch reichen, wurde von prominenten Referenten sowie in zahlreichen Workshops und Referaten behandelt. Ausführliche Berichte zu allen Teilveranstaltungen der Sommergespräche finden Sie auf www.gemeindebund.at.

Gemeindefinanzen und Stabilitätspakt

Entwicklung der Gemeindefinanzen

Nach den Krisenjahren 2009 und 2010 stiegen die Ertragsanteile im Jahr 2011 gegen-

über dem Vorjahr deutlich um 10,5% an, sodass annähernd das Einnahmenniveau des Vorkrisenjahrs 2008 erreicht werden konnte. Nach den aktuellen Prognosen des Finanzministeriums werden die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben in den Jahren 2012 bis 2016 um jährlich durchschnittlich 4,5% ansteigen.

Die Neuerungen des 1. Stabilitätsgesetzes im Zusammenhang mit dem künftigen Wegfall der Vorsteuerabzugsmöglichkeit bei Bauprojekten von Gemeindegesellschaften ist für die Gemeinden ein großes Problem. Besonders für bereits geplante Vorhaben, die einen Baubeginn vor September 2012 nicht mehr geschafft haben, wirkt sich diese Regelung negativ aus. Sie sind mit einem

Schlag von 20% höheren Errichtungskosten betroffen. Der Gemeindebund hat daher steuerliche Ausnahmen für den Schul- und Bildungsbereich gefordert, viele Gemeinden haben sich dieser Forderung mit Resolutionen an die Bundesregierung angeschlossen. Bislang ist nicht abschätzbar, ob der Bund einlenken wird.

Positiven Einfluss auf die Gemeindefinanzen haben die Entlastungen im Bereich der Pflege durch den Pflegefonds. Im Frühjahr 2012 wurde bereits eine Laufzeitverlängerung bis 2016 vereinbart und darüber hinaus auch die bis 2014 auf den Stand von 2010 eingefrorenen Finanzierungsverpflichtungen der Gemeinden und der Länder für das vom Bund übernommene ehemalige Landespflegegeld. Die jährlichen Ausgabensteigerun-

gen im Pflegebereich werden also etwas abgemildert.

Österreichischer Stabilitätspakt 2012

Durch vorausschauendes Handeln konnten die Gemeinden die Neuverschuldung selbst in den Krisenjahren 2009 und 2010 im Vergleich zu Bund und Ländern gering halten. Die in den Rechnungsabschlüssen dargestellten Finanzschulden der Gemeinden ohne Wien, die im Jahr 2010 insgesamt rund 11,7 Mrd. EUR betragen, sind in den vorangegangenen 10 Jahren um lediglich 17,6% angewachsen. Im Vergleich dazu betrug dieser Zuwachs bei den Finanzschulden der Stadt Wien seit 2001 rund 47,3%. Das Maastricht-Defizit der Gemeinden ohne Wien belief sich in den Jahren 2009 und 2010 auf insgesamt rund 1,3 Mrd. EUR. Im



Bundespräsident Heinz Fischer beim Österreichischen Gemeindetag 2011

2011 UND 2012 WAS DER GEMEINDEBUND LEISTET

Vergleich dazu betrug die Maas-tricht-Neuverschuldung der Länder in den beiden Krisen-jahren rund 4,2 Mrd. EUR und jene des Bundes (bedingt auch durch seine Konjunkturpakete) rund 24,2 Mrd. EUR. Die Gemeinden konnten also selbst-bewusster in die Verhandlungen zum Stabilitätspakt gehen, als so manches Land oder der Bund. Dabei wurden auch einige Verhandlungserfolge erzielt. Nach intensiven Verhandlungen im April wurde der Stabilitätspakt am 9. Mai 2012 in Wien unterzeichnet. Die umfangreichen Fiskalregeln sowie Melde- und Koordinationsverpflichtungen werden nach erfolgter Ratifizierung (Länder stehen noch aus) rückwirkend mit 1. Jänner 2012 in Kraft treten.

Der Österreichische Stabilitätspakt beinhaltet neben dem zu erbringenden Nulldefizit,

auch eine Ausgabenobergrenze und eine Schuldenrückführungsregel. Das jährliche Ausgabenwachstum von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung muss grob gesagt unter dem Wirtschaftswachstum liegen. Die Regel zur Schuldenquotenanpassung besagt, dass jährlich ein Zwanzigstel des Schuldenstandes oberhalb von 60% des BIP abgebaut werden muss.

Eisenbahnkreuzungsverordnung als Beispiel des grauen Finanzausgleichs

Am 26. Juni 2012 wurde die neue Eisenbahnkreuzungsverordnung im Bundesgesetzblatt kundgemacht. Im Wege einer umfassenden technischen Auf- und Ausrüstung der Kreuzungspunkte soll mehr Sicherheit gewährleistet werden. Kostenpunkt: zumin-

dest 280 Mio. Euro, Experten gehen von einem Vielfachen dessen aus. Einen Großteil davon müssen aufgrund der Kostenteilungsregeln die Gemeinden stemmen. Neben zahlreichen Ländern hat auch der Österreichische Gemeindebund massiven Widerstand geübt. So wurden vom Verkehrsministerium mit Verweis darauf, dass auch „gesicherte Bahnübergänge“ keineswegs sicher sind und auch gesicherte Einrichtungen umgangen und missachtet werden, mehr Kontrollen an Bahnübergängen eingefordert. Zudem sollte ein Schwerpunkt auf die Auflasung überzähliger Übergänge sowie auf die Prävention durch Schulungen gesetzt werden.

Aufgrund der immensen Kostenfolgen für die Gemeinden hat der Österreichische Gemeindebund Verhandlungen

im Sinne des Konsultationsmechanismus gefordert. Da die Verkehrsministerin trotz aller Interventionen die Verordnung erlassen hat, werden gegen diese Maßnahme des grauen Finanzausgleiches weitere rechtliche Schritte geprüft.

Bundesverfassung und Fragen der Gemeindefstruktur

Verwaltungsgerichte

Am 5. Juni 2012 wurde die Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 im Bundesgesetzblatt kundgemacht. Diese sieht ab dem Jahr 2014 die Einführung einer zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit vor. Neben dem Verwaltungsgerichtshof wird es für jedes Land ein Verwaltungsgericht erster Instanz und für den Bund zwei Verwaltungsgerichte erster Instanz geben („9+2-Modell“). Kaum eine

Novelle hatte in der Vergangenheit eine derart lange Vorlaufzeit und kaum eine Novelle war aus Sicht des Österreichischen Gemeindebundes so umstritten wie die nun beschlossenen Änderungen im Bundes-Verfassungsgesetz.

Mit diesem Gesetz ist vor allem in der Frage des administrativen Instanzenzuges ein grundsätzlicher Systemwechsel durchgeführt worden. Der administrative Instanzenzug wird ab dem Jahr 2014 Geschichte sein. Es wird daher künftig nur noch eine einzige Verwaltungsinstanz geben, gegen deren Bescheide Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben werden kann. Einzig in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde bleibt ein zweigliedriger Instanzenzug bestehen, so er nicht mittels Bundes- oder

Landesgesetz in den jeweiligen Materien ausgeschlossen wird.

Anstelle des Vorstellungsverfahrens vor der Gemeindeaufsichtsbehörde wird das Beschwerdeverfahren bei den Verwaltungsgerichten treten, mit dem wesentlichen Unterschied, dass die Verwaltungsgerichte in allen Angelegenheiten, so auch in jenen des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde, grundsätzlich in der Sache selbst zu entscheiden haben.

Neben der Tatsache, dass mit der Abschaffung des Vorstellungsverfahrens eines der wesentlichsten Aufsichtsmittel beseitigt und den Gemeinden die damit verbundenen Beratungs- und Unterstützungsleistungen genommen werden, bedeutet die meritorische Entscheidungsbefugnis der Verwaltungsgerichte und damit die Befugnis, in



Bundeskanzler Werner Faymann im Gespräch mit Bgm. Helmut Mödlhammer am Österreichischen Gemeindetag 2011

eigener Sache entscheiden zu dürfen, einen Einschnitt in das zentrale Wesensmerkmal der kommunalen Selbstverwaltung, der in dieser Form einzigartig in der österreichischen Verfassungsgeschichte ist.

Der Gemeindebund hat diesbezüglich auch auf politischer Ebene den Kontakt gesucht. Zwar wurde seitens des Bundes ein zur derzeitigen Rechtslage bestehendes analoges Widerspruchsrecht zugesagt, es bleibt aber abzuwarten, ob dies in den Verfahrensbestimmungen, die erst erlassen werden müssen, Berücksichtigung finden wird.

Gemeindekooperationen versus Fusionen

Im Juli 2011 trat eine über den Bundesrat initiierte Novelle des Bundes-Verfassungsgesetzes in Kraft, nach der die Zusammenarbeit von Gemeinden erleichtert wurde. Der Gemeindebund hat in den letzten Jahren wiederholt verlangt, den kommunalen Kooperationen nicht unnötiger Weise Grenzen zu setzen. Es wurde etwa immer wieder kritisiert, dass Gemeindekooperationen über Bundesländergrenzen hinweg nicht möglich waren. Auch die neue Regelung, dass bestehende Verbände künftig auch mehrere Aufgaben übernehmen und im Namen der Gemeinden erledigen dürfen, konnte als Fortschritt verbucht werden. Der Mehrwert von Gemeindekooperationen liegt aber weniger in Einsparungseffekten, sondern im besseren Service und der höheren Qualität für die Bürger.

Das Thema „Kooperationen versus Fusionen“ zog sich daher das ganze Jahr über durch die inhaltliche und Medienarbeit des Gemeindebundes. Inzwischen ist auch die geplante steirische Gemeindereform höchst umstritten. Der Gemeindebund hat hier eine klare Position: Keine Zusammenlegung ohne Zustimmung der Bevölkerung.

Gemeindekontrolle

Anfang 2011 trat eine Novelle des Bundesverfassungsgesetzes (B-VG) in Kraft, mit der die Kompetenzen des Bundesrechnungshofes im Hinblick auf die Kontrolle der Gemeinden deutlich erweitert wurden. Die bisherige Grenze von 20.000 Einwohnern wurde auf 10.000 Einwohner gesenkt. Zudem dürfen auch Gemeinden unter 10.000 Einwohner dann geprüft werden, wenn begründete Ersuchen der Landesregierung und des Landtages existieren. Die Prüfung dieser „kleineren“ Gemeinden unter 10.000 Einwohner ist auf vier Gemeinden je Bundesland beschränkt (zwei auf Ersuchen der Landesregierung und zwei auf Ersuchen des Landtags). Ein solches Prüfungsersuchen setzt zudem eine „auffällige Entwicklung bei Schulden und Haftungen“ voraus. Neu geregelt wurde auch die Prüfung von Gemeindeverbänden.

Der Gemeindebund auf europäischer Ebene

Das umstrittene Vergaberecht der EU wurde 2011 einer Revision unterzogen. Die EU-Kommission präsentierte Ende Dezember 2011 ein Paket, das die erhofften Erleichterungen bringen sollte. Doch gerade bei der interkommunalen Zusammenarbeit wurden den Gemeinden neue Stolpersteine in den Weg gelegt. Der Gemeindebund hat zu diesem Paket schwere Bedenken geäußert und diese Position auch auf internationaler Ebene, vor allem mit dem deutschen Städte- und Gemeindebund, koordiniert. Die zum Teil guten Ansätze einer Verfahrenserleichterung im Vergabebereich konnten nämlich nicht darüber hinweg täuschen, dass die Kommission sehr komplexe und fallorientierte Regelungen vornehmen will, die die Rechtssicherheit und Anwenderfreundlichkeit für Gebietskörperschaften als Auftraggeber nicht gerade fördern.

Energieeffizienzrichtlinie

Nach heftiger Kritik der kommunalen Interessensvertretungen an den Vorentwürfen einer Energieeffizienzrichtlinie, schwächte die EU-Kommission den Richtlinienentwurf in wesentlichen Punkten ab. Sahen die ersten Entwürfe noch eine verbindliche jährliche Sanierungsrate von 3% des gesamten öffentlichen Gebäudebestandes sowie eine verbindliche Beschaffung von Gütern mit hoher Energieeffizienz durch die öffentliche Hand vor, wurde die Verbindlichkeit für Länder und Gemeinden lediglich durch Anreize und Zielwerte ermutigt werden, diesem Beispiel zu folgen.

Fach- und Bildungsreisen

Seit mehreren Jahren organisiert der Gemeindebund halbjährlich Fach- und Bildungsreisen in die Länder der EU-Ratspräsidentschaft. Im Herbst 2011 führte die Reise in die polnische Hauptstadt

2011 UND 2012 WAS DER GEMEINDEBUND LEISTET



2011 UND 2012 WAS DER GEMEINDEBUND LEISTET

Warschau, im Frühjahr 2012 nach Dänemark. Dort kam es zu besonders interessanten Gesprächen mit dänischen Gemeindevertretern, weil die Struktur der skandinavischen Gemeinden oft als Vorbild für eine mögliche Gemeindeform in Österreich genannt wird. Bei genauerer Analyse stellt man schnell fest, dass das dänische Modell deutlich teurer und für Österreich nur beding geeignet wäre.

Seit Juni 2011 in den Ausschüssen und Gremien behandelte Themen

Die Ausschussarbeit des Gemeindebundes

Zu den relevanten Themenfeldern der kommunalen Ebene hat der Gemeindebund Fachausschüsse eingerichtet,

die bei Bedarf mehrmals pro Jahr tagen und sich mit wichtigen Detailfragen befassen. Die Arbeit der Ausschüsse fließt in die Positionen ein, die der Gemeindebund gegenüber Bund und Ländern einnimmt. 2011 und 2012 wurden in den jeweiligen Ausschüssen die folgenden Themenfelder behandelt:

Finanzen

- Neuregelung des Getränkesteuerausgleichs für die Jahre 2012-2014
- Möglichkeiten der Stärkung der kommunalen Abgabenaufonomie
- Reformoptionen bei Grundsteuer und Einheitsbewertung
- Kommunalsteuer: GPLA-Prüfung, Nachschau, Ausweitung der Steuerpflicht

- Fragen der Vollziehung der Österreichischen Stabilitätspakete 2011 und 2012

Umwelt und Energie

- Verpackungsverordnung
- Siedlungswasserwirtschaft

Infrastruktur, Verkehr und Tourismus

- Baulandmobilisierung
- Breitband im ländlichen Raum
- Strat.AT - Prozess
- Tourismusstrategiepapier

Gesundheit und Soziales

- Pflegereformdiskussion, Ausgestaltung und Vollziehung des Pflegefonds
- Reformpaket sozialrechtlicher Absicherung von öffentlichen Funktionsträgern

- Attraktivierung des Bürgermeistersamts
- Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum
- Audit familienfreundliche Gemeinde

Rechtliche Angelegenheiten

- Bundesvergabe-gesetz - Novelle 2012
- Landesverwaltungsgerichte

Europäische Angelegenheiten

- Neuordnung der Struktur-fonds
- Vergaberegime und Konzessionsrichtlinie
- Energieeffizienz-RL

Detaillierte Informationen zur Arbeit der Fachausschüsse können Sie jederzeit beim Österreichischen Gemeindebund anfordern.



ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND PRÄSIDIUM

Organe und Gremien des Österreichischen Gemeindebundes (Stand 1.8.2012)

Präsidium

Das Präsidium besteht laut § 14 des Statuts aus dem Präsidenten, dem 1. und dem 2. Vizepräsidenten und den weiteren Landesobmännern. Der Generalsekretär und die ständigen Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes in den internationalen Gremien (Ausschuss der Regionen, Kongress der Gemeinden und Regionen Europas), soweit sie nicht Landesobmänner sind, gehören dem Präsidium mit beratender Stimme an.

Präsident

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer (S)

1. Vizepräsident

Präs. LAbg. Bgm. KommR Mag. Alfred Riedl (NÖ-VP)

2. Vizepräsident

Präs. LAbg. Bgm. Ruper Dworak (NÖ-SP)

Weitere Mitglieder im Präsidium

Mitglieder des Präsidiiums neben Präsident und Vizepräsidenten als Obmänner der Landesverbände

Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits (B-VP)

Präs. Bgm. Ernst Schmid (B-SP)

Präs. Bgm. Ferdinand Vouk (K)

Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer (OÖ)

Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (St)

Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf (T)

Präs. Bgm. Mag. Harald Sonderegger (V)

Mitglieder des Präsidiiums mit beratender Stimme:

Generalsekretär wHR Dr. Walter Leiss

Bgm. a.D. Erwin Mohr (int. Vertreter)

LAbg. Bgm. Johannes Peinsteiner (int. Vertreter)

NR GGR Hannes Weninger (int. Vertreter)

VPäs. Bgm. Arnold Marbek (int. Vertreter)

ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

BUNDESVORSTAND

Bundeschvorstand

Mitglieder Burgenland

Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits
VPräs. Bgm. Johann Schumich
Präs. Bgm. Ernst Schmid
VPräs. Bgm. Matthias Gelbmann

Mitglieder Kärnten

Präs. Bgm. Ferdinand Vouk
VPräs. Bgm. Valentin Happe
VPräs. Bgm. Arnold Marbek
VPräs. NR Bgm. Maximilian Linder

Mitglieder Niederösterreich

Präs. LAbg. Bgm. KommR Mag. Alfred Riedl
VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser
VPräs. Bgm. DI Johannes Pressl
Bgm. Otto Huslich
Bgm. Manfred Marihart
Bgm. Michaela Walla
Bgm. Kurt Jantschitsch
LAbg. Bgm. Ingeborg Rinke
Bgm. Karl Stangl

Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak
VPräs. LR a.D. Bgm. Fritz Knotzer
VPräs. LAbg. VBgm. Mag. Karin Renner
GR Mag. Ewald Buschenreiter
Bgm. Ing. Maurice Androsch
Mag. Sabine Blecha

Mitglieder Oberösterreich

Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer
VPräs. Bgm. Manfred Kalchmair
VPräs. Bgm. Peter Oberlehner
Bgm. Mag. Walter Brunner
Bgm. Johann Holzmann
Bgm. Dir. Johann Meyr
Bgm. Ing. Josef Moser
LAbg. Bgm. Johannes Peinsteiner
NR Bgm. Rosemarie Schönpass
Bgm. Mag. Anton Silber
Bgm. Karl Staudinger
Bgm. Johann Weirathmüller

Mitglieder Salzburg

Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer
VPräs. Bgm. Peter Mitterer
BR a.D. Bgm. Ludwig Bieringer
Bgm. Peter Eder
Bgm. Wolfgang Eder

Mitglieder Steiermark

Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger
VPräs. Bgm. Reinhard Reisinger
VPräs. Bgm. Christoph Stark
Bgm. Robert Hammer
Bgm. Engelbert Huber
Bgm. Heinz Jungwirth
LAbg. Bgm. Karl Lackner
Bgm. Dir. Karl Pack
Bgm. Erwin Puschenjak
Bgm. Manfred Seebacher
Bgm. Johann Urschler
Bgm. Gerhard Weber

Mitglieder Tirol

Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf
VPräs. Bgm. Günter Fankhauser
VPräs. Bgm. Rudolf Nagl
VPräs. Bgm. Edgar Kopp
Bgm. Aurel Schmidhofer
Bgm. Johann Schweigkofler
Bgm. Ing. Rudolf Puecher

Mitglieder Vorarlberg

Präs. Bgm. Mag. Harald Sonderegger
VPräs. Bgm. DI Wolfgang Rümmele
VPräs. Bgm. Harald Köhlmeier
Bgm. Mag. Elisabeth Wicke

ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse des Österreichischen Gemeindebundes

Rechtsausschuss

Bgm. Mag. Wilfried Berchtold (Vorsitzender)
Bgm. Mag. Klaus Mezgolits (Stv. Vorsitzzender)
VPräs. Bgm. Günter Toth
Mag. Stefan Primosch
Mag. Christian Schneider
Mag. Sabine Blecha
HR Dr. Hans Gargitter
Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer
Bgm. Manfred Seebacher
Dr. Helmut Ludwig

Finanzausschuss

Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf (Vorsitzender)
Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer (Stv. Vorsitzzender)
Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits
VPräs. Bgm. Matthias Gelbmann
Präs. Bgm. Ferdinand Vouk
Präs. LAbg. Bgm. KommR Mag. Alfred Riedl
Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak
Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger
VPräs. Bgm. Peter Mitterer
Präs. Bgm. Mag. Harald Sonderegger

Europaausschuss

Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak (Vorsitzender)
LAbg. Bgm. Johannes Peinsteiner (Stv. Vorsitzzender)
Präs. Bgm. LAbg. Leo Radakovits
Präs. Bgm. Ernst Schmid
VPräs. Bgm. Valentin Happe
VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser
Bgm. Dr. Emmerich Riesner
Mag. Dr. Martin Ozimic
VPräs. Bgm. Günter Fankhauser
Bgm. Florian Kasseroler

Ausschuss für Tourismus, Freizeit und Kultur

Bgm. Ludwig Muxel (Vorsitzender)
Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf (Stv. Vorsitzzender)
Bgm. Walter Temmel
LAbg. Bgm. Christian Illedits
VPräs. NR Bgm. Maximilian Linder
LAbg. Bgm. Mag. Ingeborg Rinke
Bgm. Maurice Androsch
LAbg. Bgm. Johannes Peinsteiner
VPräs. Bgm. Peter Mitterer
Bgm. Jürgen Winter
VPräs. Bgm. Günter Fankhauser
Bgm. Harald Köhlmeier

Ausschuss für Raumordnung und Struktur

Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits (Vorsitzender)
VPräs. Bgm. Fritz Kaspar (Stv. Vorsitzzender)
Bgm. Friederike Reismüller
VPräs. Bgm. Arnold Marbek
VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser
Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak
Bgm. Wolfgang Eder
VPräs. Bgm. Christoph Stark
VPräs. Bgm. Edgar Kopp
Bgm. Armin Berchtold

Umweltausschuss

Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (Vorsitzender)
Bgm. Hermann Kühtreiber (Stv. Vorsitzzender)
BR Bgm. Walter Temmel
NR Bgm. Ing. Erwin Kaipel
LAbg. Bgm. Jakob Strauß
Bgm. DI Stefan Schuster
Bgm. Ing. Josef Moser
Bgm. Dr. Peter Brandauer
VPräs. Bgm. Rudolf Nagl
Bgm. KR Franz Troppmaier
Bgm. Ing. Rainer Siegele

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

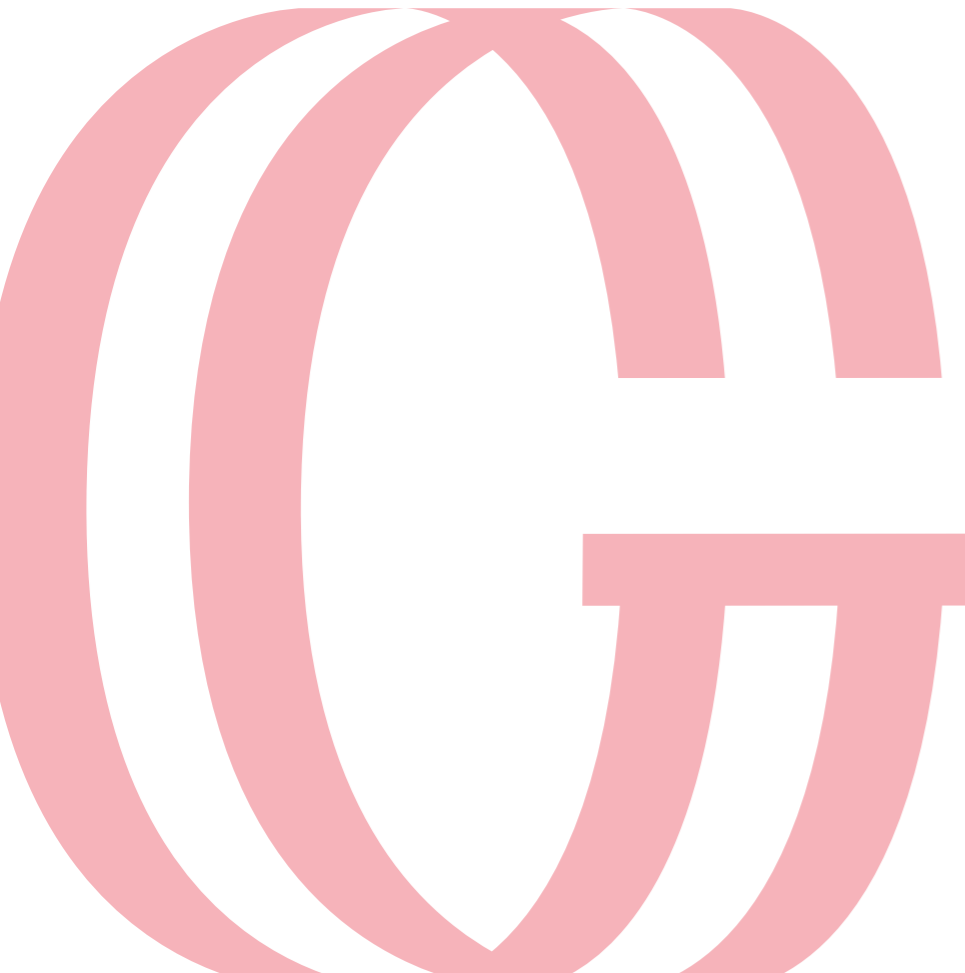
Präs. Bgm. Ernst Schmid (Vorsitzzender)
LAbg. Bgm. Dr. Christian Stöckl (Stv. Vorsitzzender)
VPräs. Bgm. Johann Schumich
VPräs. Bgm. Hilmar Loitsch
Bgm. Othmar Matzinger
VPräs. Bgm. Alfred Buchberger
Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer
VPräs. Bgm. Reinhard Reisinger
VPräs. Bgm. Günter Fankhauser
Bgm. Josef Katzenmayer

RECHNUNGSPRÜFER

Bgm. Josef Bauer, Heugraben
Bgm. a.D. Dir. Hans Rauscher, Tamsweg
Bgm. Johann Oberlerchner, Trebesing

SCHIEDSGERICHT

Univ.Prof. wHR i.R. Dr. Gerhart Wielinger, Graz
Mag. Erich Trenker, St. Pölten



DER ÖSTERREICHISCHE GEMEINDEBUND

Das Büro des Österreichischen Gemeindebundes

Das Kernteam des Generalsekretariats besteht aus zwölf Mitarbeiter/innen. Für einzelne Fachbereiche werden darüber hinaus Konsultanten zu Rat gezogen. Per E-Mail sind alle Mitarbeiter/innen über vorname.nachname@gemeindebund.gv.at erreichbar.

Dr. Walter Leiss (Generalsekretär)

Beate BAUER (Finanz- u. Personaladministration)

ORR Mag. Nicolaus DRIMMEL (Abt. Leiter Recht und Internationales)

Rinore GASHI (Sekretariat)

Konrad GSCHWANDTNER, Bakk. BA (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)

Mag. Bernhard HAUBENBERGER (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)

Daniel KOSAK (Abt. Leiter Kommunikation & Medien)

Blerda LOSHAJ (Sekretariat)

Sabrina NEUBAUER (Assistentin Kommunikation & Medien)

Mag. Anna NÖDL-ELLENBOGEN (Projekt - Familienfreundliche Gemeinde)

Mag. Carina RUMPOLD (Redakteurin)

Petra STOSSIER (Büroleitung)

Sonja WRONA (derzeit Karenz)

Volontär/in (Kommunikation & Medien)

Kontakt

Österreichischer Gemeindebund

Löwelstraße 6

1010 Wien

Tel.: (01) 512 14 80

www.gemeindebund.at

office@gemeindebund.gv.at



Burgenländischer Gemeindebund
 LAbg. Bgm. Leo Radakovits (Präsident)
 E-Mail: post@gemeindebund.bglld.gv.at
www.gemeindebund-burgenland.at



Verband sozialdem. Gemeindevertreter im Burgenland
 Bgm. Ernst Schmid (Präsident)
 E-Mail: gvvbglld@spoe.at
www.gvvbglld.at



Kärntner Gemeindebund
 Bgm. Ferdinand Vouk (Präsident)
 E-Mail: gemeindebund@ktn.gde.at
www.kaerntner-gemeindebund.at



Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich
 LAbg. Bgm. KR Mag. Alfred Riedl (Präsident)
 E-Mail: office@vp-gvv.at
www.vp-gvv.at



Verband sozialdem. Gemeindevertreter in NÖ
 LAbg. Bgm. Rupert Dworak (Präsident)
 E-Mail: office@gvvnoe.at
www.gvvnoe.at

DER ÖSTERREICHISCHE GEMEINDEBUND



Oberösterreichischer Gemeindebund
 LAbg. Bgm. Johann Hingsamer (Präsident)
 E-Mail: post@ooegemeindebund.at
www.ooegemeindebund.at



Salzburger Gemeindeverband
 Bgm. Helmut Mödlhammer (Präsident)
 E-Mail: gemeindeverband@salzburg.at
www.gemeindeverband.salzburg.at



Gemeindebund Steiermark
 LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger, Gemeindeamt (Präsident)
 E-Mail: post@gemeindebund.steiermark.at
www.gemeindebund.steiermark.at



Tiroler Gemeindeverband
 Bgm. Mag. Ernst Schöpf (Präsident)
 E-Mail: tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at
www.gemeindeverband.tirol.gv.at



Vorarlberger Gemeindeverband
 Bgm. Mag. Harald Sonderegger (Präsident)
 E-Mail: vbg.gemeindeverband@gemeindehaus.at
www.gemeindeverband.at

Impressum:

Herausgeber: Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien, www.gemeindebund.at

Koordination und Redaktion: Daniel Kosak

Gestaltung: Mag. Georg Ihm, IHM & IHM GmbH & Co KG, www.ihm.at

Druck: Holzhausen Druck GmbH, 1140 Wien

Titelbild: © medialounge



Österreichischer Gemeindebund
1010 Wien • Löwelstraße 6
www.gemeinebund.at